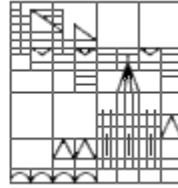


Universität Konstanz



Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft

Diplomarbeit

Im Fach Verwaltungswissenschaft

Zur Erlangung des akademischen Grades

Diplom-Verwaltungswissenschaftler

Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe

1. Gutachter: Professor Dr. Markus Freitag
2. Gutachter: Privatdozent Dr. Thomas Bräuninger

vorgelegt von:
Sebastian Mezger

Konstanz, im November 2007

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung	5
2. Die internationale staatliche Entwicklungshilfe	8
2.1 Indikatoren der staatlichen Entwicklungshilfe im Vergleich.....	17
2.2 Official Development Assistance (ODA) – das zu erklärende Phänomen.....	19
3. Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung	23
3.1 Die politisch-institutionelle Schule.....	25
3.2 Die Parteiendifferenzhypothese.....	31
3.3 Die internationale Hypothese.....	39
3.4 Die sozioökonomische Schule.....	42
3.5 Die Theorie der Machtressourcen organisierter Interessen.....	45
3.6 Die Theorie der Pfadabhängigkeit und des Politikerbes.....	46
3.7 Kontrollvariablen.....	47
4. Methode, Hypothesen, Operationalisierungen und Datenbasis	50
5. Analyseresultate	54
6. Schlussfolgerungen	62
7. Anhang	67
A. Korrelationsmatrizes.....	67
B. Testmodelle.....	68
C. Verwendete Daten.....	71
8. Literaturverzeichnis	73

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Vergleich verschiedener Messungen staatlicher Entwicklungshilfe.....	19
Tabelle 2: ODA/BNE-Zahlungen von 22 OECD-Ländern 1980–2005.....	21
Tabelle 3: Übersicht der Variablen, Hypothesen, Operationalisierungen und erwarteten Zusammenhänge.....	52
Tabelle 4: Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe von 21 (20 bis 1990-1994) OECD-Ländern 1980-2005, bivariate Zusammenhänge.....	55
Tabelle 5: Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe von 21 (20 bis 1990-1994) OECD-Ländern 1980-2005, multivariate Regressionen. Modell 1.....	57
Tabelle 6: Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe von 21 (20 bis 1990-1994) OECD-Ländern 1980-2005, multivariate Regressionen, Modell 2	61
Tabelle 7: Korrelationsmatrizes der in Modell 1 aufgenommenen Variablen je Periode.....	66
Tabelle 8: Vergleiche von: Modell 1, robuste Regression (rreg), Regression mit robusten (Huber/White) Standardfehlern (robust), Regression mit Stata- Transformation (bcskew0) und Regression ohne die Länder, deren Werte über Cook's D (4/n) liegen (ohne Ausreißer).....	68
Tabelle 9: Verwendete Daten der Variablen `Arbeitslosenunterstützung' und `Stärke linker Regierungsparteien kumuliert'.....	71
Tabelle 10: Verwendete Daten der Variable BIP pro Kopf.....	72

Schaubilderverzeichnis:

Schaubild 1: Streudiagramm der Variablen 'Arbeitslosenunterstützung' und 'ODA/BNE' von 21 OECD-Ländern 1980-2005.....	31
Schaubild 2: Streudiagramm der Variablen 'kumulierte Stärke linker Regierungsparteien' und 'ODA/BNE' von 21 OECD-Ländern 1980-2005.....	38
Schaubild 3: Streudiagramm der Variablen 'BIP pro Kopf' und 'ODA/BNE' von 21 OECD-Ländern 1980-2005.....	45
Schaubild 4: Streudiagramm der Variablen 'gesamtstaatliche Sozialausgaben/BNE' und 'Arbeitslosenunterstützung' von 21 OECD-Ländern 1980-2005.....	60

Abkürzungsverzeichnis:

BIP = Bruttoinlandsprodukt

BNE = Bruttonationaleinkommen

BMZ = Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

DAC = Development Assistance Committee (Entwicklungshilfeausschuss der OECD)

EH = Entwicklungshilfe

EL = Entwicklungsland, -länder

EZ = Entwicklungszusammenarbeit

IL = Industrieländer

MDG = Millennium Development Goals

NGO = Non Governmental Organization

OECD = Organisation for Economic Co-operation and Development

ODA = Official Development Assistance

UNDP = United Nations Development Programme

WS = Wohlfahrtsstaat(en)

1. Einleitung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die internationale Staatengemeinschaft von einem hohen Entwicklungs- und Wohlstandsgefälle geprägt. Im Jahr 2005 haben insgesamt 149 Länder den Status eines Entwicklungslandes¹ gegenüber 29 Entwicklungshilfe zahlenden Industrieländern der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (OECD 2006: 212, 243).

Die Gegenüberstellung verschiedener Wohlstandskennwerte der ärmsten und reichsten Länder² liefert ein deutliches Bild. So bewegt sich zum Beispiel die Kindersterblichkeitsrate bis zum fünften Lebensjahr bei Lebendgeburten zwischen 17,9 und 0,6 Prozent und die Lebenserwartung zwischen 46,1 und 78,8 Jahren. Ein Vergleich mit diesen Kennzahlen 30 Jahre früher zeigt, dass sich dieses Gefälle bis heute noch vergrößert hat (UNDP 2005: 253). Das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf im Jahr 2006 bewegt sich zwischen 650 und 36487 US-Dollar³ (Weltbank 2007). Eine Vergrößerung der Einkommensunterschiede zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern wird festgestellt (etwa Lachmann 2004: 24)⁴. Insgesamt stehen Verbesserungen eines Teils der Probleme in manchen Ländern Verschlechterungen in anderen gegenüber. So hat beispielsweise die absolute Armut⁵ bis Ende der 1990er Jahre in Ostasien und im Pazifik um ein Drittel abgenommen, ist aber vor allem in Südasien und in südlich der Sahara gelegenen afrikanischen Ländern stark angestiegen (Lachmann 2004: 38).

Aufgrund dieser prekären Lebensumstände in Entwicklungsländern werden auch Folgen und Gefahren für die Industrieländer erwartet. So werden unter anderem steigende Migrationen, Umweltverschmutzung, Unruhen, Kriege und Terrorismus als Ländergrenzen überschreitend und gefährlich für die Weltstabilität diskutiert (vgl. etwa BMZ 2004; Seidelmann 2004). Auf der anderen Seite wird eine höhere Entwicklung der EL teilweise auch mit langfristigen wirtschaftlichen Interessen der IL

¹ Der Begriff ist umstritten, u. a. da Entwicklung üblicherweise mit wirtschaftlichem Wachstum gleichgesetzt wird und somit kulturelle, soziale oder ökologische Größen vernachlässigt werden. Er wird hier trotzdem verwendet, da die Alternative der Verwendung des Begriffs Dritte-Welt-Länder nach dem Zerfall der Sowjetunion (Zweite-Welt) nicht mehr sinnvoll ist.

² Einteilung der UNDP in Länder südlich der Sahara und OECD-Länder mit hohem Einkommen.

³ In den von der Weltbank eingeteilten Ländergruppen niedrigen (905 \$ pro Kopf oder weniger) und hohen Einkommens (11116 \$ pro Kopf oder mehr).

⁴ Firebaugh (1999) erhält jedoch als Ergebnis seiner Untersuchung durch Berücksichtigung der "purchasing-power parity" und der Bevölkerungsgröße, einen leichten Rückgang der Einkommensungleichheit zwischen Ländern von 1965 bis 1989.

⁵ gemessen an der Zahl der Personen, die von Weniger als einem US-Dollar pro Tag leben.

begründet. So könne zum Beispiel von der Industrialisierung in EL auch im Gegenzug ein Wachstumsimpuls für die IL ausgehen, wodurch auf kooperative Weise beide Seiten ihren Nutzen haben (Seidelmann 2004: 45). Nicht zuletzt wegen dieser möglichen Gefahren und Chancen schafft es die Entwicklungspolitik immer wieder auf die Agenda. Als eines der jüngeren Politikfelder und kontrovers diskutiert lässt seine Bedeutung in einer zunehmend globalisierten Welt und einem sich vergrößernden Nord-Süd-Gefälle nicht nach, sondern steigt. Die staatliche Entwicklungshilfe als Teil der Entwicklungspolitik wird neben dem Handel als wichtigste Institution gezählt, um den Anteil der ärmsten Länder der Welt am globalen Wohlstand zu erhöhen. "International aid is a key investment in human development" (UNDP 2005: 2).

Die internationale Staatengemeinschaft wird in der Verantwortung gesehen durch Entwicklungshilfe die Krisensituation der EL zu entschärfen und den Aufbau wichtiger Infrastrukturen zu unterstützen (Hamburg und Holl 1999: 373). Von der Mehrheit der internationalen Akteure werden diese Transfers inzwischen akzeptiert, so dass die Frage nicht mehr lautet, "ob" Entwicklungshilfe gezahlt werden sollte, sondern "wie viel" (Opeskin 1996: 38).

Trotz der Wichtigkeit für die EL und IL wurden die Entwicklungshilfezahlungen in den 1990er Jahren von den meisten Ländern stark gekürzt. Seit der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 kam es jedoch wieder zu moderaten Erhöhungen des durchschnittlichen EH-Niveaus (Nuscheler 2005: 87).

Im Jahr 2005 kam es zu EH-Zahlungen von OECD-Ländern in Höhe von insgesamt 106,8 Milliarden US-Dollar (OECD 2006). Empfänger waren die vom Entwicklungshilfeausschuss der OECD (DAC) nach vorwiegend ökonomischen Merkmalen bestimmten Entwicklungsländer.

Die nach bestimmten Kriterien zur staatlichen Entwicklungshilfe zählenden Leistungen der Industrieländer sollen bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE)⁶ betragen. Dieses Ziel wurde 1970 auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgeschrieben und durch die im Jahr 2000 von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf einer Sondergeneralversammlung beschlossenen "Millenium Development Goals" sowie

⁶ Das BNE als Größenbezug bei dieser Zielsetzung hat in den letzten Jahren das BIP abgelöst und unterscheidet sich nur geringfügig von diesem. Es misst den Marktwert aller für den Endverbrauch bestimmten Waren und Dienstleistungen, die von dauerhaft in einem Land lebenden Personen in einem bestimmten Zeitabschnitt (i. d. R. ein Jahr) hergestellt werden. In das BIP geht hingegen auch der Marktwert von kurzzeitig in einem Land lebenden Personen ein (Mankiw 1999: 522).

auf der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey 2002 noch einmal bekräftigt.

Mit einem Durchschnitt von 0,47 Prozent am BNE im Jahr 2005 ist die Mehrheit der Länder noch weit von diesem Ziel entfernt. Insgesamt fünf Länder haben diesen Prozentsatz allerdings schon seit geraumer Zeit erreicht und sogar überschritten. Somit lassen sich im Jahr 2005 Differenzen in der Höhe der EH-Niveaus (Entwicklungshilfe/BNE) von 0,17 Prozent (Griechenland) bis 0,94 Prozent (Norwegen, Schweden) beobachten. Über die Perioden des gesamten Untersuchungszeitraums von 1980 bis 2005 variieren die Zahlen sogar von 0,03 Prozent bis 1,1 Prozent am BNE.

Diese großen Unterschiede in der Zahlungsbereitschaft der OECD-Länder sind erklärungsbedürftig.

Es ist daher erstaunlich, dass diesem Thema in der Wissenschaft trotz seiner hohen Relevanz für die Weltstabilität bisher so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Die Literatur über staatliche Entwicklungshilfe kann neben philosophischen Betrachtungen über moralische Verpflichtungen von Entwicklungshilfe (etwa Hirsch und Seitz 2005; Kesselring 2003; Opeskin 1996; Rawls 1975) in drei Teile gegliedert werden: die Untersuchung der *Wirkung von staatlicher Entwicklungshilfe* (etwa Bourguignon und Sundberg 2007; Burnside und Dollar 2000; Cassen et al. 1986; Easterly 2003; Weltbank 1998), der Determinanten der *Allokation staatlicher Entwicklungshilfe* (etwa Alesina & Dollar 2000; Imbeau 1989; Lahiri und Raimondos-Møller 2000; Schraeder et al. 1998) und der Determinanten der *Höhe staatlicher Entwicklungshilfe* (Imbeau 1988; Lumsdaine 1993; Noël und Thérien 1995; Round und Odedokun 2003; Stokke 1989; Thérien und Noël 2000).

Da der letztgenannte Bereich noch unzureichend erforscht ist und zudem teilweise widersprüchliche Ergebnisse existieren, soll diese Analyse mit der Untersuchung der Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe von 21 OECD-Ländern zwischen 1980 und 2005 einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke leisten. Es findet eine klare Abgrenzung zu anderen Fragen wie der Wirkung, der Allokation oder der philosophisch-normativen Diskussion über die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe statt.

Durch die Analyse soll untersucht werden, ob die Unterschiede in der EH-Zahlungsbereitschaft von OECD-Ländern zu einem bestimmten Teil durch die vergleichende Staatstätigkeitsforschung erklärt werden können. Diese Methode

erscheint insbesondere deshalb geeignet, da sie bisher in verschiedenen Politikfeldern – vor allem bei der Erklärung unterschiedlich hoher staatlicher Ausgabenquoten – erfolgreich angewendet werden konnte (Zohlnhöfer 2006: 12).

Ziel der Untersuchung ist die quantitative Überprüfung verschiedener erklärender Variablen auf ihre Erklärungskraft für die Niveauunterschiede in der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe. Hierzu werden sowohl politisch-institutionelle als auch parteipolitische Faktoren, die sich in früheren Untersuchungen als relevant herausgestellt haben, sowie auf eigenen Überlegungen basierende Bestimmungsgründe als erklärende Größen herangezogen.

Es wird erwartet, dass vor allem die parteipolitische Färbung der Regierung sowie den Ländern zugrunde liegende Wertvorstellungen bezüglich der Verteilung von Wohlstand Einfluss auf die Höhe der staatlichen Entwicklungshilfe haben. Die finanziellen Kapazitäten sollten ebenfalls eine Rolle spielen, da Großzügigkeit eher in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstands erwartet werden kann als in Zeiten, in denen die Geberländer selbst finanziellen Restriktionen unterworfen sind.

Die Untersuchung der unterschiedlichen Niveaus staatlicher Entwicklungshilfe im Vergleich von 21 OECD-Ländern soll in vier Schritten erfolgen.

Zunächst wird im zweiten Kapitel ein Überblick über relevante Aspekte der internationalen Entwicklungshilfe und eine Bestandsaufnahme der Niveauunterschiede in der geleisteten staatlichen Entwicklungshilfe gegeben. Im darauf folgenden dritten Kapitel werden der heutige Forschungsstand über den Vergleich staatlicher EH-Niveaus und die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeit vorgestellt. Auf dieser Grundlage werden Hypothesen abgeleitet und präsentiert. Das vierte Kapitel umfasst die Vorstellung des angewandten Forschungsdesigns. Schließlich werden im fünften Kapitel die Ergebnisse der durch bivariate und multivariate statistische Analysen systematisch überprüften Hypothesen vorgestellt und interpretiert. Zum Schluss werden im sechsten Kapitel Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen gezogen.

2. Die internationale staatliche Entwicklungshilfe

“Unter Entwicklungspolitik ist die Summe aller Mittel und Maßnahmen zu verstehen, die von Entwicklungsländern und Industrieländern eingesetzt und ergriffen werden,

um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern, d.h. die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den EL zu verbessern“ (Nohlen 2000: 224). Sie ist Teil der Gesamtpolitik und der Außenpolitik⁷ eines Landes.

Die staatliche Entwicklungshilfe (auch als öffentliche Entwicklungshilfe bezeichnet) ist Teil der Entwicklungspolitik, grenzt sich von der Entwicklungshilfe nicht-staatlicher Akteure ab und steht für entwicklungshilfebezogene Leistungen aus den IL für EL (Nohlen 2000: 219).

Die grundlegende Idee, die hinter der staatlichen Entwicklungshilfe steckt, ist der Transfer von Ressourcen zu großzügigeren oder “weicheren“ - als die dem internationalen Kapitalmarkt zugrunde liegenden - Bedingungen (Cassen et al. 1986: 2).

Zur staatlichen Entwicklungshilfe gehören die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) mit Entwicklungsländern gemäß Teil 1 der DAC-Liste, die öffentliche Hilfe (Official Aid – OA) an Übergangsländer und

sonstige öffentliche Leistungen zu nicht vergünstigten Bedingungen, zum Beispiel Exportkredite und ungebundene Finanzkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (BMZ 2004: 358). Entwicklungshilfe wird multilateral oder bilateral vergeben.

Gegenstand dieser Untersuchung ist nur die zur ODA zählende staatliche Entwicklungshilfe, auf die in den nächsten zwei Abschnitten noch näher eingegangen wird.

“Foreign aid is one of the most original political innovations of the twentieth century. Never before had wealthy countries transferred, unilaterally and non-reciprocally, such considerable financial resources to poorer nations” (Thérien 2002: 449). Und für Lumsdaine (1993: 216) ist es ein “striking fact that nearly all developed democracies adopted foreign aid policies in the decade after mid-century, and kept them steadily, although no policies of this kind had existed before”.

Im Development Assistance Committee (DAC) dem Ausschuss für Entwicklungshilfe der OECD sind die größten EH-Zahler eingebunden, welche im Jahr 2004 etwa 96 % der weltweiten Entwicklungshilfe leisteten⁸. Seit seiner Gründung 1961 an Mitgliedern wachsend gehören ihm seit 1996 die 22 Länder Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien,

⁷ Siehe Wolff (1998: 280) warum Entwicklungspolitik (auch) Innenpolitik ist.

⁸ Nach eigenen Berechnungen aus den Daten des Development Cooperation Reports der OECD 2006.

Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und die USA an. Weitere Länder⁹ spielen in jüngerer Zeit eine zunehmend wachsende Rolle in der Entwicklungshilfe, werden jedoch nicht in die Analyse aufgenommen. Die Begründung liegt darin, dass diese Länder entweder noch nicht lange genug EH-Zahlungen leisten, keine (vergleichbaren) Daten vorliegen und/oder die Länder durch Unterschiede bezüglich struktureller Merkmale methodisch nur schwer mit den OECD-Ländern verglichen werden können.

Die Bemühungen der OECD vergleichbare Zahlen zur weltweiten Entwicklungshilfe zusammenzustellen, waren bisher unter anderem wegen Kommunikations- und Koordinationsschwierigkeiten leider nur teilweise erfolgreich. So berichtet zum Beispiel China nicht über die Höhe seiner geleisteten EH-Zahlungen (OECD 2006: 243).

Verschiedene Organisationsformen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in den OECD-Ländern lassen sich unterscheiden. Die Gestaltung und Verwaltung der Entwicklungspolitik und der Entwicklungshilfe wird von Abteilungen der Außenministerien, ihnen unterstellten Behörden, von mehreren Ministerien mit getrennten Durchführungsorganen oder in Form einer eigenständigen Entwicklungshilfebehörde bzw. eines eigenständigen EH-Ministeriums vollzogen (OECD 2001: 143). Der ODA-Rahmen wird von den Finanzministerien abgesteckt. Nach Nuscheler kann dabei die Entwicklungspolitik vorwiegend als ein bürokratisches Geschäft bezeichnet werden, an dem die Parlamente allenfalls in Haushaltsberatungen teilnehmen. Des Weiteren ist sie ein Politikfeld, in dem sich Parlamente wenig engagieren, mit dem bei Wahlen keine Stimmen gewonnen werden und in dem nur wenige Abgeordnete über entwicklungspolitische Kompetenzen verfügen. Daher müssen NGOs die Funktion von "watchdogs" übernehmen (Nuscheler 2005: 495).

Diskussion über Nutzen und Schaden von Entwicklungshilfe

Über die Auswirkungen staatlicher Entwicklungshilfe wird kontrovers diskutiert. Von ihren Verfechtern oft als moralisch verpflichtende Unterstützung für die ärmsten

⁹ OECD-Länder die nicht dem DAC angehören: Tschechien, Ungarn, Island, Korea, Polen, Slowakei, Türkei; Arabische Länder: Kuwait, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate; Andere Geberländer: Chinesisch Taipe, Israel, Estland, Lettland, Litauen, China (OECD 2006: 243).

Länder gesehen, wird durch diese finanzielle Unterstützung eine verbesserte Situation der EL erwartet. Genannt werden unter anderem die Befreiung von ihren prekären Lebensumständen, politischen Unruhen, Diktatoren und Korruption durch den Aufbau demokratischer Strukturen, besserer Infrastrukturen und einer prosperierenden Wirtschaft. Dies, so die Argumentation einiger, habe wiederum auch für die Industrieländer positive Folgen, da unter anderem Flüchtlingsströme kleiner würden und dem Terrorismus der Nährboden entzogen werde, wodurch sich global mehr Stabilität erreichen lasse. Der Ökonom und Nobelpreisträger Gunnar Myrdal verwendet zur Veranschaulichung der erwarteten positiven Auswirkung von Entwicklungshilfe auf die Welt eine interessante Parallele zwischen der globalen politischen Situation in der Mitte des 20. Jahrhunderts und der politisch instabilen Situation vieler Industrieländer zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als weder die Demokratie noch die Rechte der Arbeiter etabliert waren. Das Aufkommen des Wohlfahrtsstaates in diesen Ländern regulierte das Machtverhältnis und schuf eine neue soziale und wirtschaftliche Stabilität. Wenn wir das Ziel einer stabilen Welt anstreben, müssten wir durch eine Reflexion wohlfahrtsstaatlicher Werte mit Hilfe staatlicher Entwicklungshilfe dem Ziel einer demokratischen Wohlfahrtswelt näher kommen (Akman 2006; Myrdal 1960).

Die Kritiker auf der anderen Seite können grob in zwei Lager geteilt werden.

Das eine Lager ist generell gegen staatliche Entwicklungshilfe oder zumindest für eine Begrenzung dieser Zahlungen, wenn auch aus verschiedenen Motiven. Die wirtschaftsliberale Denkschule sieht in ihr unter anderem eine Störung marktwirtschaftlicher Kräfte, die Förderung von Korruption und die Verzögerung oder Verhinderung notwendiger Reformen. Hierbei werden verschiedene Fragen der Außenhandelstheorie wie Umfang, Struktur und Richtung des internationalen Warenaustauschs, die Bestimmung der "terms of trade" und die Aufteilung der "gains from trade" kontrovers diskutiert¹⁰. Von extrem linker Seite wird in ihr die Erzwingung der Integration von EL in den von OECD-Ländern dominierten Weltmarkt und eine Form des Neokolonialismus gesehen (Nuscheler 2000: 521). Für die extreme Rechte ist staatliche Entwicklungshilfe eine Vergeudung nationaler Ressourcen.

Das andere Lager stimmt der Notwendigkeit dieser Hilfe zu, sieht aber ihre Durchführung in der bisherigen Form als ineffizient, im schlimmsten Fall sogar als Schaden anrichtend an. Es wird befürchtet, dass die Hilfe wirkungslos versickere

¹⁰ Einen einführenden Überblick über unterschiedliche Theorien dieser Fragestellungen geben zum Beispiel Lachmann (2004: 211) und Nohlen (2000: 75).

oder in die Hände der Falschen gerate. Darüber hinaus werden ihre Konditionen und Verteilung kritisiert (vgl. Gibson 2005: 3). Vereinzelt Kritik hierbei kommt jedoch auch von Seiten der Wirtschaftswissenschaften. So übte der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Joseph Stiglitz gegen Ende des 20. Jahrhunderts scharfe Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der Vergabekonditionen vor allem der Weltbank (Stiglitz 1998 und 2004). Abgesehen von den normativen Aussagen, kann auch bezüglich der unterschiedlichen positiven Aussagen keine Gruppe für sich allein den Anspruch erheben ganz richtig zu liegen. Aufgrund der Komplexität ökonomischer Vorgänge können keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Wirkung von Entwicklungshilfe gezogen werden. Unter anderem eine hohe Heterogenität bezüglich der Effekte von Entwicklungshilfe erschweren empirische Analysen. Auch Fallstudien können dieses Problem aufgrund kontrafaktischer Probleme nicht lösen (Bourguignon und Sundberg 2007). Zum Beispiel kann eine erfolgreiche Überwindung der Unterentwicklung eines Landes, in das wenig Entwicklungshilfe floss, oder die Verschlechterung der Bedingungen eines Landes, das viel Entwicklungshilfe bekam und umgekehrt selten eindeutig auf den Faktor Entwicklungshilfe zurückgeführt werden. Die Situation hätte jeweils auch besser oder schlechter mit dem anderen "treatment" verlaufen können.

Unterscheidungsmerkmale von Entwicklungs- und Industrieländern; verschiedene Konzepte von (Unter)Entwicklung

Als nächstes sollte geklärt werden, wodurch sich EL von IL unterscheiden lassen.

In der entwicklungspolitischen Debatte war es schon immer in hohem Maße unklar, was (Unter)Entwicklung überhaupt bedeutet, wie es zu verschiedenen Entwicklungsstadien kam und wie diese erreicht beziehungsweise überwunden werden können.

Als Maßstab für das Entwicklungsniveau eines Landes wird von der Weltbank und der OECD in erster Linie das Pro-Kopf-Einkommen gewählt (BMZ 2004: 358). Waren im 19. Jahrhundert die weltweit beobachtbaren Unterschiede noch nicht besonders stark ausgeprägt (Lachmann 2004: 23; Wilensky 2002: 68), ist das Pro-Kopf-Einkommen der 20 reichsten Länder im Jahr 2006 mehr als 180-mal höher als das der ärmsten 20 Länder¹¹.

¹¹ Eigene Berechnungen nach Daten der Weltbank: World Development Indicators Database, BNE pro Kopf 2006, Atlas Methode, Zugang September 2007: www.worldbank.org.

Der Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der OECD bestimmt in einer jährlich überarbeiteten Liste die Länder, die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) erhalten. In der Liste nach dem Stand vom 1. Januar 2004 werden diese auf der Grundlage ihres BNE pro Kopf im Jahr 2001 unterteilt in die am wenigsten entwickelten Länder und Niedrigeinkommensländer mit einem BNE pro Kopf unter 745 US-Dollar, in Länder mittleren Einkommens mit einem BNE pro Kopf zwischen 746 und 9205 US-Dollar bis hin zu Ländern höheren Einkommens mit einem BNE pro Kopf von über 9206 US-Dollar.

Diese eindimensionale Einteilung wird jedoch häufig kritisiert, da sie vor allem die Dimensionen des Sozialen und der Umwelt vernachlässigt. So kann es durchaus sein, dass ein Land mit einem relativ hohen Pro-Kopf-Einkommen große Defizite bei Sozial- und Umweltstandards aufweist. Mit anderen Indizes wie zum Beispiel dem Human Development Index des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) wird versucht ein mehrdimensionales Bild zu zeichnen, indem für einen angemessenen Lebensstandard relevante Größen wie die Lebenserwartung, die Alphabetisierungsrate und die reale Kaufkraft pro Kopf mit einbezogen werden (Nuscheler 2004: 190). Jedoch bleibt auch diese Messung der Höhe menschlicher Entwicklung nicht ohne Kritik (siehe etwa Lachmann 2004: 46; Nuscheler 2004: 190). Trotz dieser Uneinigkeit lassen sich einige Merkmale aufzählen, welche die überwiegende Mehrzahl der EL miteinander verbinden. Zu den wichtigsten zählen eine ungenügende Versorgung mit Nahrungsmitteln und ärztlicher Behandlung, politisch instabile Rahmenbedingungen, hohe Bevölkerungswachstumsraten, Massenarmut, ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen, ein schlechter Gesundheitszustand, zu wenige Bildungsmöglichkeiten, hohe Arbeitslosigkeit, Wasserknappheit und ein niedriger Lebensstandard bei oft extrem ungleicher Verteilung der vorhandenen Güter und Dienstleistungen. Die Wirtschaftsstruktur ist hauptsächlich landwirtschaftlich geprägt, leidet unter Kapitalmangel für Investitionen und hoher Verschuldung bei gleichzeitigem Rückgang der Exporterlöse (BMZ 2004: 358; Lachmann 2004: 2).

Ursachen von Unterentwicklung und Überwindungsstrategien

Es lassen sich Unterentwicklungstheorien von Entwicklungstheorien unterscheiden. Erstere versuchen, eine Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die Unterentwicklung von EL zu geben, und letztere versuchen zu erklären, wie dieser Zustand überwunden werden kann.

Bei den Ursachen von Unterentwicklung lassen sich externe von internen Gründen unterscheiden. Während interne Ursachen wie Missmanagement, Korruption und politische Instabilität hauptsächlich durch die Politik eines Landes hervorgerufen werden, bestehen externe Ursachen unabhängig von dieser. Zu ihnen gehören die koloniale Vergangenheit, eine unzureichende Faktorausstattung, ungünstige internationale Handelsbeziehungen, der Einfluss transnationaler Konzerne sowie die Auswirkung von Religion und Kultur (Lachmann 2004: 57-58).

Die Entwicklungshilfedebatte war die meiste Zeit überschattet vom Streit der beiden "großen Entwicklungstheorien": der Modernisierungstheorie und der Dependenztheorie über den Verlauf und mögliche Wege der Überwindung von Unterentwicklung. Ohne detailliert auf diese Theorien einzugehen, sollen sie kurz skizziert werden, um das Gesamtbild der Problematik abzurunden.

Die in den 1950er Jahren formulierten und bis in die 1960er Jahre vorherrschenden Modernisierungstheorien setzten grundsätzlich Entwicklung mit Wachstum gleich und sahen es für die EL als erstrebenswert an, dem Weg der IL nachzufolgen. Man nahm an, dass sich mit einem höheren Wachstum durch "trickle-down-Effekte" auch die sozialen und politischen Probleme eines Landes würden lösen lassen. In der Weiterentwicklung dieser Theorien wurde auch die Notwendigkeit eines Wandels von ökonomischen und politischen Wertesystemen und Verhaltensweisen der EL unterstrichen (Lachmann 2004: 241, 247; Nohlen 2000: 216; Nuscheler 2005: 214; Wolff 1998: 284).

Im Gegensatz dazu sahen die in den 1960er Jahren bis Anfang der 70er Jahre sich entwickelnden Dependenztheorien die Unterentwicklung nicht als Stadium an, das auf dem Weg zur Entwicklung durchschritten werden müsse, sondern als eine Struktur, die wegen der Abhängigkeit durch die internationale Arbeitsteilung kaum überwunden werden könne. Nur ein gewisser Grad an Abkopplung zum Beispiel durch inländische Produktionszyklen könne aus dieser Sackgasse herausführen (Lachmann 2004: 241; Nohlen 2000: 217; Nuscheler 2005: 214; Wolff 1998: 291).

In Klimatheorien wird Unterentwicklung hauptsächlich auf die sich durch trocken-heißes oder feucht-tropisches Klima ergebenden Einschränkungen auf die menschliche Leistungskraft und die Produktivität der Landwirtschaft zurückgeführt (Lachmann 2004: 97).

Inzwischen wenig umstritten ist die Erkenntnis, dass keine der Theorien alleine den wirtschaftlichen und sozialen Rückstand der EL erklären oder mögliche Auswege daraus aufzeigen kann (vgl. Adelman 2001). Neuere Ansätze nehmen daher deutlich Abstand von der Annahme monokausaler Zusammenhänge und gehen davon aus, dass das Zusammenspiel verschiedenster Faktoren für unterschiedliche Entwicklungsstadien verantwortlich ist (vgl. Wolff 1998: 297).

Auch bei den Strategien und Instrumenten für die Förderung von mehr Entwicklung besteht keine Einigkeit, was nicht zuletzt daran liegt, dass diese mit den jeweiligen Entwicklungstheorien zusammenhängen. Von der UN wurden 1961 die so genannten Entwicklungsdekaden eingerichtet. So sollte alle zehn Jahre eine Dekadenstrategie beschlossen werden. In der Praxis unterschied sich jede Dekade durch die Betonung verschiedener Konzepte, Schwerpunkte und Entwicklungsstrategien (Nuscheler 2005: 78; Thérien 2002: 454).

Bis Ende der 1960er Jahre wurde Entwicklung mit Wachstum gleichgesetzt und versucht dieses zu stimulieren. Damit in Verbindung stand die Hoffnung, dass die mit dem Wachstum zusammenhängende, gesteigerte Wertschöpfung bis nach unten zu den mittleren und ärmsten Schichten durchsickere. Ernüchert vom Ausbleiben dieses Effekts und durch die sich teilweise sogar noch abzeichnenden Verschlechterungen der Situation in manchen Ländern, wurde in den 1970er Jahren die Bekämpfung von Armut in den Vordergrund gestellt. In den 1980er Jahren kam es zu einer neoliberalen Wende, in der die Ziele der Entstaatlichung, Deregulierung und Liberalisierung im Vordergrund standen. Unter anderem durch eine sich verbreitende Verschuldungskrise und fallende Rohstoffpreise kam es jedoch nicht zu Verbesserungen, sondern eher Verschlechterungen der Gesamtlage. So konnte zum Beispiel seit den 1980er Jahren in den südlich der Sahara liegenden Ländern Afrikas eine anhaltende beziehungsweise zunehmende Armut beobachtet werden (Nohlen 2000: 221).

Erst im so genannten Post-Washington-Consensus in den 1990er Jahren setzte sich die Erkenntnis der Notwendigkeit der sozial- und umweltpolitischen Flankierung der Wirtschaftspolitik durch. Sie mündete in den von der UN-Generalversammlung

verkündeten Millennium Development Goals (MDG). In einem Zielkatalog wurden acht Hauptziele und mehrere Teilziele aufgeführt, deren Umsetzung bis 2015 erreicht werden sollte.

Durch das Aufgreifen von Kernforderungen verschiedener Weltkonferenzen und der DAC-Strategie von 1996 konnten zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Entwicklungshilfe auf einem breiten Konsens von IL und EL basierende Instrumente und Ziele deklariert werden (Nuscheler 2005: 575).

Entstehung der internationalen Entwicklungshilfe

Staatliche Entwicklungshilfe als Teil der Entwicklungspolitik gibt es seit den 40er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts und ist von der Entwicklungshilfe nichtstaatlicher Akteure wie NGOs oder anderer privatwirtschaftlicher Organisationen zu trennen. Die Anfänge des Aufbaus der internationalen Entwicklungshilfe werden auf verschiedene Ereignisse im Jahr 1949 zurückgeführt. Vor allem die Erklärung des "Point Four" Programms des amerikanischen Präsidenten Truman spielte eine wichtige Rolle dabei, die Idee der Entwicklungshilfe auf die politische Agenda der IL zu setzen (Lumsdaine 1993: 231). In diesem erklärt Truman es zu seinem Ziel, eine Politik zu verfolgen "for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement of the underdeveloped areas" (zitiert in Lumsdaine 1993: 231). Ein zweiter wichtiger Punkt stellte die Entscheidung der Weltbank dar, den Schwerpunkt ihrer Aktivität vom Wiederaufbau Europas zur Finanzierung von Projekten in EL zu verlagern (Lumsdaine 1993: 233). Die Entstehung wichtiger neuer Institutionen und Verpflichtungen in den 1960er Jahren bedeuteten eine weitere Institutionalisierungsstufe der internationalen Entwicklungshilfe. Die Gründung der International Development Association (IDA) 1960, vor allem jedoch die Gründung der OECD 1960 und ihres Entwicklungshilfeausschusses (DAC) 1961 ließen eine Plattform entstehen, die die anderen IL dazu ermunterte, sich stärker entwicklungspolitisch zu engagieren. Sie setzte gewisse entwicklungspolitische Standards und ermöglichte eine bessere Kohärenz in der Entwicklungspolitik der IL. Darüber hinaus fand in den 1960er Jahren eine Reihe weiterer Ereignisse statt. Zunächst einmal kam es durch die Dekolonisierung zu einer Umgestaltung der politischen Weltkarte und in deren Folge zu einer Veränderung der Zusammensetzung der Vereinten Nationen. Die nun die

Mehrheit stehenden südlichen Länder sorgten dafür, dass die Entwicklungsproblematik in den Mittelpunkt der Aktivitäten der UN gerückt wurde (Nuscheler 2005: 78). 1965 wird das United Nations Development Programm (UNDP) gegründet. Es hat die Aufgabe der Politikberatung, der Koordinierung der Entwicklungshilfeaktivitäten der gesamten Vereinten Nationen sowie die Unterstützung der Rechte der EL durch jährliche Veröffentlichungen des Human Development Report und anderer Publikationen (BMZ 2004: 127).

Bis 1955 wurden etwa 90 % der Entwicklungshilfe der IL allein von den USA, England und Frankreich geleistet, wobei es insgesamt 12 EH-Zahler gab. Das zentrale Motiv der USA damals war es, die Verbreitung des Kommunismus aufzuhalten, während Großbritannien und Frankreich erreichen wollten, ihre Position als Weltmächte aufrecht zu erhalten (Thérien 2002: 454). Weitere Motive im Zuge der Etablierung der internationalen Entwicklungshilfe wie der Beitrag zur Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie (national-) politische, ökonomische und geostrategische Ziele der Geberländer werden diskutiert (Nohlen 2000: 220).

2.1 Indikatoren der staatlichen Entwicklungshilfe im Vergleich

Die Höhe staatlicher Entwicklungshilfe und damit der Stellenwert, den ein Land der Entwicklungshilfe beimisst, kann durch verschiedene Indikatoren gemessen werden. So können zum Beispiel die gesamten EH-Zahlungen, die Höhe des Zuschusselements sowie die Anteile der multilateral bzw. bilateral vergebenen, geschenkten, ungebundenen und den am meisten bedürftigen EL (Least Developed Countries) zugute kommenden Hilfe an der gesamten Zahlung verwendet werden. Diese Größen wiederum können als Anteil pro Kopf (Opeskin 1996: 22), der gesamten Staatsausgaben (Nohlen 2000: 163) oder am BIP beziehungsweise - wie in letzter Zeit bei der OECD üblich - am BNE gemessen werden. Durch letztere Messung werden die Leistungen in das Verhältnis zur Wirtschaftskraft der Geberländer gesetzt. Multilateral vergebene Leistungen werden allgemein als wertvoller gegenüber bilateral vergebener Hilfe eingestuft, da nicht die Geberländer selbst, sondern internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Weltbank die Allokationen und Konditionen bestimmen können. Somit ist

ausgeschlossen, dass die Zahlungen aus reinem Eigeninteresse der Geberländer geleistet werden, da keine Gegenleistungen dafür erwartet werden können. Auch hohe Anteile von geschenkten Geldern (Grants), Zuschusselementen und Leistungen für die am meist bedürftigen EL werden als Zeichen einer hohen Qualität der Entwicklungshilfe gesehen und werden in die Prüfberichte des DAC mit einbezogen (Nuscheler 2004: 480).

In die vorliegende Untersuchung geht die Messung der entwicklungspolitischen Bemühungen eines Landes durch die von der OECD veröffentlichten Daten der gesamten Official Development Assistance (ODA) als Anteil am BNE ein. Deren Verwendung kann durch folgende Punkte begründet werden.

Zunächst wird sie in den meisten Untersuchungen herangezogen (etwa Imbeau 1988; Lumsdaine 1993; Noël und Thérien 1995; Round und Odedokun 2003; Thérien und Noël 2000) und kann damit als Standardindikator in der Literatur über Entwicklungshilfe bezeichnet werden. Dies hat auch den Vorteil, dass verschiedene Forschungsergebnisse besser miteinander vergleichbar sind.

Zweitens hat sich dieser Indikator zu einer politisch bedeutenden, festen Größe entwickelt, da die internationale Gemeinschaft angestrebte Niveaus staatlicher Entwicklungshilfe seit 1970 in dieser Größe ausdrückt und die Geberländer daran gemessen werden (vgl. auch Opeskin 1996: 22).

Ein Vergleich verschiedener Messungen für die finanzielle Entwicklungsleistung der Länder zeigt außerdem, dass diese hoch miteinander korrelieren und daher die Quantität der ODA zu einem guten Teil mit ihrer Qualität einhergeht. Tabelle 1 zeigt, dass Länder mit einem hohen Anteil der ODA am BNE tendenziell auch hohe Pro-Kopf-Niveaus wichtiger vor allem jedoch hohe Anteile - an den als für die Förderung von Entwicklung besonders wertvoll betrachteten Größen - nicht zurückzahlender Leistungen (Grants) und multilateraler Leistungen am BNE haben. Die Rangordnung der Länder bezüglich ihrer gesamten ODA/BNE ist der Rangordnung der anderen drei Messungen sehr ähnlich. Die gesamte ODA/BNE korreliert .98 mit Grants/BNE, .93 mit multilateral vergebener ODA/BNE und .92 mit der ODA pro Kopf.

Viertens wird durch die Messung der ODA als Anteil am BNE für den Wohlstand und die Geberkapazität eines Landes kontrolliert.

Daher wird dieser Indikator staatlicher Entwicklungshilfe im weiteren Verlauf in der Untersuchung verwendet.

Tabelle 1: Vergleich verschiedener Messungen staatlicher Entwicklungshilfe

	ODA/BNE 80-05	Grants/BNE 80-05	Multilaterale ODA/BNE 80-05	ODA pro Kopf ¹ 80-05
Australien	0,36	0,0026	0,00079	56,02
Belgien	0,44	0,0026	0,00159	84,34
Dänemark	0,91	0,0050	0,00389	234,60
Deutschland	0,36	0,0020	0,00120	75,13
Finnland	0,41	0,0024	0,00167	87,11
Frankreich	0,51	0,0031	0,00123	101,35
Griechenland	0,17	0,0007	0,00099	24,04
Großbritannien	0,32	0,0020	0,00126	60,27
Irland	0,26	0,0014	0,00120	47,80
Italien	0,24	0,0009	0,00113	39,53
Japan	0,28	0,0011	0,00069	70,77
Kanada	0,39	0,0025	0,00115	69,94
Luxemburg	0,40	0,0031	0,00156	179,39
Neuseeland	0,26	0,0020	0,00054	31,15
Niederlande	0,88	0,0060	0,00253	171,19
Norwegen	0,97	0,0062	0,00308	271,50
Österreich	0,24	0,0014	0,00085	50,60
Portugal	0,21	0,0011	0,00081	20,41
Schweden	0,85	0,0059	0,00254	194,60
Schweiz	0,33	0,0024	0,00093	115,36
Spanien	0,19	0,0008	0,00082	26,52
USA	0,17	0,0013	0,00036	41,19

Quelle: OECD DAC Aid Statistics: www.oecd.org/dac/stats. BNE und Bevölkerung: www.oecd.org Datenzugang August 2007; eigene Berechnungen.
Anmerkungen: ¹ in US-Dollar jeweilige Preise.

2.2 Official Development Assistance (ODA) - das zu erklärende Phänomen

Die staatliche (oder öffentliche) Entwicklungshilfe - im internationalen Kontext Official Development Assistance (ODA) genannt - wird von Leistungen der privaten Wirtschaft und öffentlichen Leistungen, die nach Marktbedingungen erfolgen, abgegrenzt. Sie wird vom Entwicklungshilfeausschuss der OECD definiert als: alle von staatlichen Stellen einschließlich der von Ländern und Gemeinden oder ihren Vertretungen aufgebracht, bilateral vergebenen oder über multilaterale Organisationen geleisteten Mittel (Gelder, Güter, Expertise, Serviceleistungen) für

Entwicklungshilfe, sofern sie ein Zuschusselement¹² von mindestens 25% gegenüber kommerziellen Kreditbedingungen haben und auf die Verbesserung von Lebensbedingungen und wirtschaftliche Entwicklung in den EL abzielen (Cassen et al. 1986: 2; Nohlen 2000: 575).

Nicht zur ODA nach DAC-Kriterien gezählt werden nach Nuscheler (2005: 481):

- aus Spenden stammende Leistungen von privaten Hilfsorganisationen
- Exportkredite und öffentliche Darlehen zu Marktbedingungen der Weltbank
- die Official Assistance (OA), die Transformations- und Schwellenländern zu Sonderbedingungen eingeräumt wird
- private Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und Exportkredite
- die Militärhilfe

Nur die an Empfänger der DAC-Liste Teil 1 geleistete ODA wird auf das 0,7 Prozent-Ziel angerechnet (BMZ 2004: 358, 376).

Die Verteilung von ODA

Welche Niveaus erreichen die 22 dem DAC angehörenden OECD-Länder in ihren ODA-Zahlungen von 1980 bis 2005? In Tabelle 2 werden die durchschnittlichen EH-Zahlungen fünf verschiedener Perioden dargestellt. Angegeben werden die ODA-Leistungen als Anteil am Bruttonationaleinkommen als Indikator für die Entwicklungshilfegroßzügigkeit eines Geberlandes.

Aus den Daten in der Tabelle lässt sich entnehmen, dass sich die durchschnittlichen ODA-Zahlungen in der Periode 1980-1984 von 0,42 Prozent des BNE bis 1990-1994 auf 0,46 Prozent erhöhen, jedoch in den zwei darauf folgenden Perioden wieder auf die Höhe des Ausgangsniveaus sinken.

Weiterhin ist zu erkennen, dass die ODA-Niveaus zwischen den Ländern beträchtlich variieren, innerhalb der einzelnen Länder über die Zeit - mit geringfügigen Ausnahmen - jedoch weniger. Der Blick auf die Kennzahlen der Rangordnung zeigt, dass nur sechs der 22 Länder ihren Rang zwischen 1980-1984 und 2000-2005 um mehr als fünf Punkte veränderten.

¹² Das Zuschusselement entspricht dem Niveau der Vergünstigung von Krediten und zeigt damit den Unterschied zu marktüblichen Konditionen an.

Tabelle 2: ODA/BNE-Zahlungen von 22 OECD Ländern 1980–2005

	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1995-1999	2000-2005	1980-2005
Norwegen	0,98 (2)	1,09 (1)	1,10 (1)	0,86 (2)	0,86 (2)	0,98 (1)
Dänemark	0,76 (4)	0,88 (3)	1,00 (2)	0,99 (1)	0,93 (1)	0,91 (2)
Niederlande	1,01 (1)	0,96 (2)	0,85 (4)	0,80 (3)	0,80 (4)	0,88 (3)
Schweden	0,85 (3)	0,88 (3)	0,96 (3)	0,76 (4)	0,82 (3)	0,85 (4)
Frankreich	0,54 (6)	0,59 (4)	0,62 (5)	0,45 (6)	0,38 (7)	0,52 (5)
Belgien	0,57 (5)	0,47 (7)	0,39 (8)	0,34 (7)	0,45 (6)	0,44 (6)
Finnland	0,29 (12)	0,52 (5)	0,57 (6)	0,32 (8)	0,36 (9)	0,41 (7)
Kanada	0,44 (9)	0,48 (6)	0,45 (7)	0,32 (8)	0,27 (14)	0,39 (8)
Luxemburg	0,12 (16)	0,18 (17)	0,31 (11)	0,53 (5)	0,78 (5)	0,38 (9)
Deutschland	0,46 (8)	0,42 (9)	0,37 (9)	0,29 (10)	0,29 (13)	0,37 (10)
Australien	0,48 (7)	0,43 (8)	0,36 (10)	0,28 (11)	0,26 (15)	0,36 (11)
Schweiz	0,27 (13)	0,31 (11)	0,36 (10)	0,34 (7)	0,37 (8)	0,33 (12)
Großbritannien	0,37 (10)	0,31 (11)	0,30 (12)	0,27 (12)	0,35 (10)	0,32 (13)
Japan	0,31 (11)	0,30 (12)	0,30 (12)	0,24 (14)	0,24 (17)	0,28 (14)
Neuseeland	0,29 (12)	0,26 (13)	0,25 (13)	0,25 (13)	0,24 (17)	0,26 (15)
Irland	0,20 (15)	0,22 (15)	0,19 (14)	0,30 (9)	0,37 (8)	0,26 (15)
Österreich	0,29 (12)	0,25 (14)	0,14 (16)	0,24 (14)	0,30 (12)	0,24 (16)
Italien	0,20 (15)	0,36 (10)	0,31 (11)	0,16 (16)	0,18 (19)	0,24 (16)
Portugal	0,03 (18)	0,14 (18)	0,30 (12)	0,24 (14)	0,31 (11)	0,20 (17)
Spanien	0,09 (17)	0,10 (19)	0,25 (13)	0,23 (15)	0,25 (16)	0,18 (18)
USA	0,24 (14)	0,21 (16)	0,18 (15)	0,10 (18)	0,15 (20)	0,18 (18)
Griechenland	0,15 (17)	0,19 (18)	0,17 (19)
Mittelwert der 22 OECD-Länder	0,42	0,45	0,46	0,39	0,42	0,42
EU-Mittelwert	0,45	0,49	0,51	0,43	0,48	0,46
G7-Mittelwert	0,37	0,38	0,36	0,26	0,26	0,32
Variationskoeffizient	0,45	0,41	0,40	0,41	0,35	0,37

Anmerkung: In Klammern befinden sich die Kennwerte der jeweiligen Rangfolge pro Periode.

Bemerkenswert ist die Kontinuität der sechs führenden EH-Zahler, die ihren Rang über den gesamten Zeitraum um höchstens drei Punkte verändern. Insgesamt lassen sich zwischen den Ländern Unterschiede von bis zu 1,07 Prozent des BNE (das über 36fache) feststellen.

Luxemburg ist das einzige Land, das seit 1980 eine kontinuierliche Steigerung der Entwicklungshilfe vorzuweisen hat. Kontinuierliche Rückgänge weisen die Niederlande, Deutschland, Australien, Japan und Neuseeland auf. Bei der Entwicklungshilfe der restlichen Länder lässt sich kein kontinuierliches Muster erkennen.

Bei der Betrachtung des Variationskoeffizienten zeigt sich das interessante, aber erwartete Bild, dass sich die Unterschiede der Länder bezüglich ihrer EH-Zahlungsbereitschaft über den zeitlichen Verlauf der Perioden verkleinern. Die Geberländer scheinen sich in ihren Zahlungen immer mehr aneinander zu orientieren. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass sich die Länder durch eine gegenseitige Annäherung mehr Legitimität ihrer EH-Politik erhoffen. Es zeigt aber außerdem, dass in der Periode mit der geringsten durchschnittlichen Entwicklungshilfe 1995 bis 1999 auch die ansonsten spendabelsten Länder Kürzungen vorgenommen haben.

Über den gesamten Zeitraum hinweg betrachtet, gehören die Länder Norwegen, Dänemark, Niederlande und Schweden zu den mit Abstand großzügigsten EH-Zahlern. Zu den Schlusslichtern gehören Spanien, USA und Griechenland, die im Schnitt nicht einmal 0,2 Prozent ihres BNE an Entwicklungshilfe zahlen. Allerdings muss hier betont werden, dass Spanien tendenziell Steigerungen aufweist und die niedrigen Niveaus von Griechenland wahrscheinlich auf seinen Neuzugang bei den Geberländern zurückzuführen sind. Ein ähnliches Bild konnte bei den meisten Neuzugängen in der Anfangszeit beobachtet werden. Die anfänglich sehr niedrigen Niveaus wurden relativ schnell gesteigert. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass diese Länder am Anfang häufig niedrige volkswirtschaftliche Einkommen aufweisen. Interessant ist weiterhin, dass sich im gesamten Durchschnitt zwischen Frankreich (0,52) und Schweden (0,85) eine beachtliche Lücke an EH-Niveaus auftut, wohingegen die übrigen Prozentsätze in den meisten Bereichen zwischen 0,17 und 0,52 gleichmäßiger verteilt sind. Dies lässt auf eine leicht rechtsschiefe Verteilung der EH-Zahlungen schließen. Außerdem fällt auf, dass die wirtschaftlich starken Länder der G7 in jeder Periode im Schnitt weniger Entwicklungshilfe zahlen als die 22 OECD-Länder insgesamt. Die EU-Länder übertreffen hingegen beide Gruppierungen mit ihren Leistungen, was freilich auch auf die großzügige Zahlungsbereitschaft der vier führenden EH-Zahler zurückzuführen ist.

Wie können diese großen Unterschiede erklärt werden?

Im nächsten Kapitel wird herausgearbeitet, wie die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeit und Erkenntnisse früherer Untersuchungen staatlicher Entwicklungshilfe dabei helfen können, diese Frage zu beantworten.

3. Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung

In diesem Kapitel wird der Forschungsstand der vergleichenden Staatstätigkeit sowie der Untersuchungen der Determinanten staatlicher Entwicklungshilfe beschrieben. Auf dieser Basis werden anschließend Hypothesen abgeleitet.

Insgesamt gibt es nur eine kleine Anzahl an Untersuchungen über die Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe im Ländervergleich (etwa Imbeau 1988; Lumsdaine 1993; Noël und Thérien 1995; Round und Odedokun 2003; Stokke 1989; Thérien und Noël 2000). Die meisten dieser Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Variablen politisch-institutioneller Art und der Parteiendifferenz wichtige Einflussfaktoren darstellen. Es besteht eine hohe Übereinstimmung darin, dass die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung des Geberlandes eine wichtige Rolle spielt. Der Zusammenhang zwischen der parteipolitischen Couleur der Regierung und der Höhe der Entwicklungshilfe wird allerdings nicht von allen Studien gestützt. Vor allem Studien, die einen Vergleich mehrerer Länder beinhalten, kommen zu ganz unterschiedlichen Schlüssen. Sozioökonomische Faktoren in Form der Wirtschaftskraft und der finanziellen Kapazitäten eines Geberlandes wurden bisher stark vernachlässigt.

Diese teilweise widersprüchlichen Ergebnisse fordern geradezu heraus, weitere Untersuchungen mehrerer Länder in einem längeren und aktuelleren Zeitraum unter Einschluss zusätzlicher erklärender Variablen zu unternehmen. Dies soll mit der vorliegenden Arbeit getan werden. Es wird sich zeigen ob durch eine komplementäre quantitative Analyse die Ergebnisse früherer Untersuchungen gefestigt oder zurückgewiesen werden können.

Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Frage, welche Determinanten unterschiedliche Niveaus der geleisteten staatlichen Entwicklungshilfe von OECD-Ländern bedingen. Daher soll hier das Theorieangebot der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung, welches eine systematische Analyse der Regierungspolitik verschiedener Länder ermöglicht, angewandt werden. Diese bisher hauptsächlich auf die international vergleichende Sozial- und Wohlfahrtsstaatspolitik westlicher Länder angewandten Theorieströmungen (etwa Esping-Andersen 1990; Hicks und Swank 1992; Kittel et al. 2000; Korpi 1983; Wilensky 1975) können auch auf weitere Politikfelder übertragen werden. In verschiedenen Politikfeldern konnte diese

Methode bisher gewinnbringend eingesetzt werden, besonders bei der Erklärung unterschiedlich hoher staatlicher Ausgabenquoten (Zohlnhöfer 2006: 12). Die Untersuchungseinheiten sind beinahe ausschließlich "Most-Similar-Systems", vor allem OECD-Länder, gelegentlich aber auch intranationale Einheiten wie zum Beispiel die deutschen Bundesländer oder die schweizerischen Kantone (Zohlnhöfer 2006: 10). Es lassen sich sechs im Zentrum der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung stehende Theorieschulen unterscheiden, deren Bedeutung sich auch darin zeigt, dass sie in zahlreichen Beiträgen herangezogen werden (Zohlnhöfer 2006: 1; Schmidt et al. 2003):

die sozioökonomische Schule, die Theorie der Machtressourcen organisierter Interessen, die Parteiendifferenzhypothese, die politisch-institutionalistische Theorie, die internationale Hypothese sowie die Theorie der Pfadabhängigkeit und des Politikerbes.

Entscheidend hierbei ist, dass diese verschiedenen Theorieschulen sowie gegebenenfalls weitere politikfeldspezifische herangezogene Ansätze nicht miteinander in Konkurrenz stehen, sondern gerade ihre Kombination die größte Erklärungskraft hervorbringt (Schmidt 1993: 382). Verschiedene Schulen betonen bestimmte Größen und Mechanismen und vernachlässigen andere wichtige Faktoren. Mit Einbeziehung aller oder eines großen Teils der Schulen kann also eine Erweiterung des Blickwinkels gewinnbringend eingesetzt werden.

Im nächsten Abschnitt werden vor allem die Theorieschulen näher betrachtet, die für die Untersuchung der Höhe staatlicher EH-Zahlungen als bedeutend betrachtet werden. Die Auswahl resultiert aus den in früheren Studien als wichtig herausgearbeiteten Faktoren sowie eigenen Überlegungen. Die nicht als zentral relevant eingestuftes Theorieschulen sollen nur kurz abgehandelt werden. Im Anschluss daran werden Hypothesen zum Einfluss der Determinanten auf die EH-Zahlungsbereitschaft abgeleitet und dargestellt.

In den bisherigen Untersuchungen der Einflussgrößen auf die Höhe staatlicher Entwicklungshilfe haben sich besonders politisch-institutionelle sowie parteipolitische Einflussgrößen als bedeutend erwiesen. Qualitative sowie quantitative Studien legen nahe, dass vor allem die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung sowie die parteipolitische Färbung der Regierung eines Geberlandes wichtige Determinanten darstellen.

Die politisch-institutionalistische Theorie und die Parteiendifferenzhypothese stehen daher im Zentrum der Untersuchung der unterschiedlichen Höhe staatlicher

Entwicklungshilfe. Zusätzlich wird erwartet, dass die Wirtschaftskraft als Variable der sozioökonomischen Schule eine wichtige Rolle spielt. Die übrigen Theorieschulen werden entweder als nicht entscheidend betrachtet oder können - da keine Daten vorliegen – nicht überprüft werden. Darüber hinaus werden verschiedene Kontrollvariablen in die Untersuchung mit einbezogen.

3.1 Die politisch-institutionelle Schule

Folgt man Vertretern der politisch-institutionalistischen Theorie, wird die Regierungstätigkeit zu einem guten Teil durch politisch-institutionelle Bedingungen bestimmt. Institutionen werden dabei als interpersonelle formelle oder informelle Regeln und Normen betrachtet, die politisches Handeln und die Ergebnisse der Staatstätigkeit prägen. Sie werden auch als der geronnene politische Wille der Vorgängerregierungen bezeichnet und sind nicht ohne weiteres veränderbar (Schmidt et al. 2003: 35).

In der vergleichenden Staatstätigkeit werden einerseits Institutionen untersucht, die Einfluss auf die Regierungstätigkeit durch ihre Teilnahme am Entscheidungsprozess nehmen und andererseits institutionelle Arrangements, die der Regierung bestimmte Kompetenzen oder Ressourcen vorenthalten, wodurch Politik in diesem Falle von subnationalen, supranationalen oder anderen weisungsunabhängigen Institutionen produziert wird (Zohlnhöfer 2006: 5). Eine weitere Art von Institutionen beeinflusst die Staatstätigkeit nicht durch direkte und formelle Teilnahme in eben genanntem Sinne, sondern eher indirekt und informell. Es sind Institutionen, die sich aus bestimmten, die politischen und gesellschaftlichen Ebenen durchdringenden Ideen und Wertvorstellungen konstituieren und sozusagen "institutionalisierte sozio-politische Wertesysteme" darstellen. Ein Wertesystem reflektiert die zugrunde liegende historische Sozialisierung als Ganzes und kann als relativ lange anhaltend betrachtet werden (vgl. Inglehart 1990: 371).

Als solch eine Institution kann der Wohlfahrtsstaat bezeichnet werden. "The Welfare State is the institutional outcome of the assumption by a society of legal [...] and explicit responsibility for the basic well-being of all of its members" (Girvetz 1968: 512). Er kann als Versuch einer grundsätzlichen Veränderung der seit dem Ende des Feudalismus geltenden Mechanismen der Produktion und Verteilung menschlichen

Wohlergehens bezeichnet werden (Pacek und Radcliff 2007: 3). Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat reagiert auf Ungleichheiten, die aus verschiedenen Positionen der Menschen im Arbeitsmarkt resultieren. Er erweitert die Rechte auf die Bereitstellung kostenloser oder subventionierter Güter, Dienstleistungen und Transferzahlungen (Huber et al. 1993: 717). Seine Programme gelten als Ausdruck der normativen und kontrovers diskutierten Idee, dass nicht gesellschaftliche Klassen oder die Höhe des Einkommens maßgeblich für die Verteilung von Wohlstand verantwortlich sein sollten (Marshall 1950).

Die zentrale Aufgabe des Wohlfahrtsstaates im weiteren Sinne ist es also, der Bevölkerung ein elementares Wohlergehen zu ermöglichen. Dieses Ziel muss, wenn es sich auch eher im nationalen Kontext entwickelte, nicht auf diesen beschränkt bleiben. Es liegt nahe, es als moralische Verpflichtung anzusehen, dieses Prinzip auch auf supranationaler und globaler Ebene umzusetzen. Dies kann mit Hilfe der Institution staatlicher Entwicklungshilfe erreicht werden, die zu den wichtigsten Institutionen gehört, um Verbesserungen in den ärmsten und am schlimmsten von sozialen Risiken betroffenen Ländern zu erreichen. Sie gilt als Schlüsselinvestition in menschliche Entwicklung, deren Auszahlung unter anderem durch Verringerung von Krankheiten oder mehr Bildung in einer Erhöhung des menschlichen Entwicklungspotentials resultieren könne (UNDP 2005: 2).

Daher wird die jeweilige wohlfahrtsstaatliche Ausprägung als eine der zentralen Größen zur Erklärung von Niveauunterschieden in der Zahlungsbereitschaft von Entwicklungshilfe durch die Geberländer in der Literatur diskutiert (etwa Stokke 1989; Lumsdaine 1993; Noël und Thérien 1995; Thérien und Noël 2000). Grundsätzlich wird als wichtiger Punkt auf dem Weg der Institutionalisierung der Entwicklungshilfe die Etablierung des Wohlfahrtsstaates in den 1930er und 1940er Jahren gesehen, der durch Staatsintervention die aus dem freien Markt resultierenden sozialen Härten abfedern sollte und dabei half, die Idee der Gleichheit als ein grundlegendes Prinzip der Demokratie zu stärken (Thérien 2002: 452).

Neben der oben bereits genannten Parallele der möglichen positiven Auswirkungen von Wohlfahrtsstaaten¹³ und einer Wohlfahrtswelt auf die soziale, politische und wirtschaftliche Stabilität durch die Regulierung von Machtverhältnissen, Umverteilung

¹³ Eine positive Wirkung von wohlfahrtsstaatlichen Aspekten auf die Lebenszufriedenheit stellen Radcliff (2001) und Pacek und Radcliff (2007) in ihren Studien fest. Kenworthy (1999) kommt zu dem Ergebnis, dass Wohlfahrtsprogramme die Armut reduzieren, aber auch geringe negative Auswirkungen auf das Wachstum von Arbeitsplätzen haben (Kenworthy 2003). Siehe auch Pacek und Radcliff (2007), Veenhoven und Ouweneel (1995) sowie Wilensky (2002: 305) für einen Überblick über positive und negative Auswirkungen von Wohlfahrtsprogrammen.

wirtschaftlichen Wohlstands und die Verringerung sozialer Risiken gibt es auch in der Kritik dieser beiden Institutionen von verschiedenen Seiten erstaunlich enge Parallelen. So wird auch an Wohlfahrtsstaaten von ihren prinzipiellen Befürwortern kritisiert, dass ein zu kleiner Teil des umverteilten Einkommens wirklich bei den Armen ankommt. Die Gegner aus dem neoliberalen Lager argumentieren, dass die Bereitstellung eines sozialen Auffangnetzes die Eigeninitiative der Armen unterdrücke, etwas gegen ihre Situation zu unternehmen, wodurch eine Wohlfahrts-Armuts-Falle entstehe (vgl. Kenworthy 1999: 1119) und dass durch die staatlichen Eingriffe das Wirtschaftswachstum reduziert werde, da nur die privaten Märkte eine effiziente Allokation der Ressourcen gewährleisten und robustes Wachstum generieren könnten. Auch hier gibt es jedoch von wirtschaftswissenschaftlicher Seite Einwände gegen die Annahme "je kleiner der Staat desto besser". Beispiele von Marktversagen und Externalitäten zeigen, dass der Staat ergänzend eingreifen sollte, damit Märkte besser funktionieren und Marktversagen korrigiert werden kann (etwa Stiglitz 1998: 26). Zu diesen Korrekturen können wohlfahrtsstaatliche Programme und Entwicklungshilfe gezählt werden. Bedenkt man, dass sich die Institution des Wohlfahrtsstaates zwischen den beiden wohlstandsverteilenden Systemen Markt und Staat befindet, verwundert es nicht, wenn die extrem linke Seite in ihr ein Instrument zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems erkennt.

Insgesamt handelt es sich also um Kritikpunkte, die uns aus der oben geführten Diskussion über globale staatliche Eingriffe in Form von Entwicklungshilfe wohl bekannt sind.

Auch frühere Untersuchungen über die Rolle, die wohlfahrtsstaatliche Prinzipien in der Leistung staatlicher Entwicklungshilfe spielen, legen nahe, dass führende WS mehr Entwicklungshilfe leisten als nicht so stark wohlfahrtsstaatlich ausgeprägte Länder. So gelten die skandinavischen Länder, die grundsätzlich zu den wohlfahrtsstaatlich am stärksten ausgeprägten Ländern gezählt werden, als die spendabelsten EH-Zahler. Länder wie die USA oder Japan, in denen die wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien nur schwach ausgeprägt sind, befinden sich mit ihrer EH-Performance auf den hinteren Plätzen. In seiner qualitativen Studie kommt Stokke (1989: 284) zu dem Ergebnis, dass die durch Wohlfahrtsstaaten verkörperten soziopolitischen Werte der untersuchten Länder "the most fundamental determinants" der EH-Politik darstellen. Für Noël und Thérien (1995: 549) zeigt sich

die staatliche Entwicklungshilfe als stark beeinflusst von der “capacity of a society to accept and institutionalize nonmarket principles of income redistribution“.

Es wird argumentiert, dass die durch Wohlfahrtsprogramme institutionalisierten Werte außenpolitisches Verhalten beeinflussen (Noël und Thérien 1995: 549) und die staatliche Entwicklungshilfe als Projektion wohlfahrtsstaatlicher Prinzipien jenseits des nationalen Kontextes betrachtet werden kann (Thérien 2002: 453).

Jedoch wurde bisher der Institution Wohlfahrtsstaat wenig Aufmerksamkeit als erklärender Variable geschenkt. In der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung ist die Ausprägung des Wohlfahrtsstaats meist die zu erklärende Größe.

Allerdings ist die Stärke des Zusammenhangs zwischen wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung und EH-Großzügigkeit nicht ganz eindeutig und auch von der Operationalisierung abhängig¹⁴. So berichten Round und Odedokun in ihrer Studie, dass der Anteil der Sozialausgaben der Regierung an den Gesamtausgaben zwar statistisch positiv, aber nicht signifikant mit der EH-Großzügigkeit zusammenhänge. Bei der Verwendung des Indikators Einkommensgleichheit besteht jedoch eine statistisch positive und signifikante Beziehung (Round und Odedokun 2003:20).

In der vorliegenden Arbeit wird ein positiver Zusammenhang zwischen der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung eines Landes und dessen geleistetem EH-Niveau erwartet.

Merkmale und Messungen des Wohlfahrtsstaats

Grundsätzlich besteht in den oben beschriebenen Grundzügen der Aufgaben eines Wohlfahrtsstaates weitgehend Einigkeit, auch wenn unterschiedliche Wohlfahrtsstaatstypen – z. B. nach Esping-Andersen konservative, liberale und sozialdemokratische Wohlfahrtsregime – verschiedene Schwerpunkte und Ausprägungen ihrer wohlfahrtsstaatlichen Programme aufzeigen (Esping-Andersen 1990, 1999).

¹⁴ Ähnliche durch verschiedene Operationalisierungen hervorgerufene Unterschiede sind auch aus Studien der Determinanten der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung bekannt. Es wurden beispielsweise stärkere Zusammenhänge von Gewerkschaften und linken Parteien auf die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung entdeckt, wenn die Qualität sozialer Rechte statt Sozialausgaben als Indikator verwendet wurde (zusammenfassend Huber et al. 1993: 717).

Weniger Einigkeit besteht jedoch in der Frage der Messung der Höhe wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung eines Landes. Verschiedene in der Literatur verwendete Konzepte der Messung¹⁵ haben Vor- und Nachteile.

Zu den zwei wahrscheinlich am häufigsten verwendeten traditionellen Konzepten der Messung wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung gehören die aggregierten staatlichen Wohlfahrtsausgaben – wie zum Beispiel der Anteil der Ausgaben öffentlicher Wohlfahrtsprogramme am GDP – (etwa Hicks und Swank 1992) und Esping-Andersens Wohlfahrtsstaaten-Typologie (Esping-Andersen 1990). Gegen beide Konzepte sprechen Einwände verschiedener Art. Wurde das Ausmaß des Wohlfahrtsstaats früher oft durch aggregierte Wohlfahrtsausgaben gemessen, ist in letzter Zeit daran gezweifelt worden, ob Sozialausgaben das Wohlfahrtsniveau eines Staates angemessen reflektieren.

Zum Nachteil der Messung wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung durch die Höhe der Sozialausgaben gehört, dass diese der Komplexität eines WS nicht gerecht wird. Esping-Andersens Kritik bringt dies auf den Punkt:

”Most of these studies claim to explain the welfare state. Yet their focus on spending may be irrelevant or, at best, misleading. Expenditures are epiphenomenal to the theoretical substance of welfare states [...] By scoring welfare states on spending, we assume that all spending counts equally“ (Esping-Andersen 1990: 19). Mit anderen Worten: Ein Staat mit hohen Sozialausgaben sagt noch nichts über deren Verteilung aus.

Esping-Andersen schlägt in seinem Werk “The Three Worlds Of Welfare Capitalism“ durch das zentrale Konzept der “Dekommodifizierung“ eine vielschichtigere Messung der Qualität und Klassifizierung von Wohlfahrtsstaaten vor. Das Konzept soll das Ausmaß kennzeichnen, “to which individuals or families can uphold a socially acceptable standard of living independently of market participation“ (Esping-Andersen 1990: 37). In den Index gehen drei verschiedene soziale Programme ein: Rentenzahlungen, Aufrechterhaltung des Einkommens für Kranke oder Behinderte und Arbeitslosenhilfezahlungen.

Diese in Untersuchungen oft verwendete Klassifizierung ist zwar multidimensional im Gegensatz zu der rein ausgabenorientierten Betrachtung, zu ihren Nachteilen gehört aber, dass sie sich nur aus Daten zum Zeitpunkt 1980 zusammensetzt und daher mögliche Veränderungen nicht mit einbeziehen kann. Die Verwendung dieser

¹⁵ Für einen Überblick siehe zum Beispiel Huber et al. (1993) und Wilensky (2002: 212).

Typologie zur Erklärung von bis zu 25 Jahren später liegenden Ereignissen lässt sich selbst unter der Annahme eines "frozen" Wohlfahrtsstaatsystems nur schwer rechtfertigen. Ein weiterer Nachteil ist die Einbeziehung von nur 18 Ländern, was die sowieso schon schmerzlich kleine Fallzahl der 21 zu untersuchenden Länder noch einmal um drei verringern würde. Auf weitere Kritikpunkte wie zum Beispiel die möglicherweise fehlende Herausarbeitung eines vierten Regimetyps oder die Vernachlässigung geschlechtsspezifischer Faktoren (vgl. etwa Esping-Andersen 1999: 73) soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Das in der aktuellen Wohlfahrtsstaatenforschung häufig diskutierte Konzept der Dekommodifizierung stellt den Anspruch "to capture the degree to which welfare states weaken the cash nexus by granting entitlements independent of market participation" (Esping-Andersen 1999: 43). Eine der Möglichkeiten dieses Konzept zu messen besteht in der Verwendung des Indikators Arbeitslosenunterstützung (Esping-Andersen 1999: 124; Hicks 1999: 196; Huber et al. 2004; Kenworthy 1999, 2003; Pacek und Radcliff 2007). Die Arbeitslosenunterstützung ist deshalb ein wichtiger Teilaspekt des Dekommodifizierungskonzepts, da der "Warencharakter"¹⁶ der Arbeitskraft durch diese Lohnersatzleistungen reduziert wird. Denn nach reinen Marktmechanismen würde eine Person, die aus dem Arbeitsmarkt austritt und nicht mehr ihre "Ware" Arbeitskraft zur Verfügung stellt, auch keinen Lohn im Austausch dafür bekommen. Die Arbeitslosenunterstützung entspricht dem Geldbetrag, den ein Arbeitsloser allein aufgrund seiner Staatsbürgerschaft erhält (Hicks 1999: 196). In dem hier verwendeten Konzept ist die Höhe des Anteils der erhaltenen Arbeitslosenunterstützung in Bezug zum früheren Einkommen des Arbeiters die interessierende Größe.

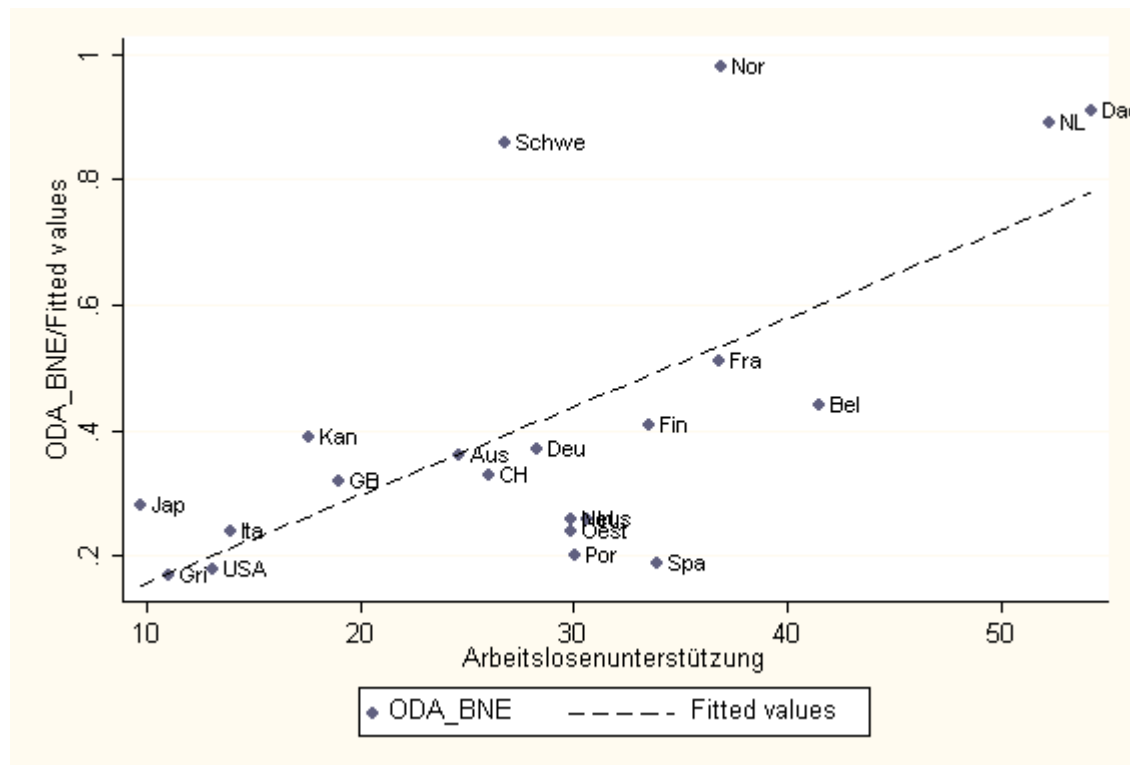
In der vorliegenden Analyse wird dieser Indikator der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung herangezogen. Die Daten werden von der OECD alle zwei Jahre erhoben.

Zusätzlich soll aber auch überprüft werden, ob die gesamten öffentlichen Sozialausgaben als Anteil am BNE in Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe stehen. Trotz der oben beschriebenen Kritik wird dieser Indikator häufig für die Messung wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung von Ländern verwendet.

¹⁶ commodity = Ware

Schaubild 1 zeigt den Zusammenhang der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung – gemessen an der Höhe der Arbeitslosenunterstützung – und der geleisteten Entwicklungshilfe.

Schaubild 1: Streudiagramm der Variablen 'Arbeitslosenunterstützung' und 'ODA/BNE' von 21 OECD-Ländern 1980-2005. $R^2 = 0.43$



Anmerkung: Die gestrichelte Linie stellt die Regressionsgerade dar.

3.2 Die Parteidifferenzhypothese

Bei der Untersuchung der Determinanten der Staatstätigkeit liegt die Annahme nahe, dass Regierungen eine wichtige Rolle bei der Politikproduktion spielen. Daher wird von Vertretern der Parteidifferenztheorie angenommen, dass Regierungen die Ergebnisse der Politik in ihrem Sinne gestalten können (Schmidt et al. 2003: 25) und vor allem die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung die Staatstätigkeit bestimmt.

Grundsätzlich wird nach der von Hibbs (1977) geprägten "partisan theory" der Staatstätigkeit erwartet, dass sich die politischen Profile von Parteien unterscheiden

lassen und diese durch ihre Regierungspolitik zu Interessenvertretern verschiedener sozialer Gruppen werden (Schmidt 2003). Ist dies der Fall, so kann davon ausgegangen werden, dass durch Beteiligung an – oder Stellung – der Regierung diese Interessen in der Regierungspolitik umgesetzt werden, um das Ziel der Parteien an Stimmengewinn und Machterhalt zu sichern. Dabei ist nach Downs die Maximierung von Stimmen – nicht die Maximierung des sozialen Nutzens und der Wohlfahrt – sogar der eigentliche Beweggrund von Regierungen, da die Regierungsparteien mit anderen Parteien im Wettbewerb um die Führung des Staatsapparates stehen (Downs 1968: 50). Eine andere Herleitung parteipolitischer Unterschiede besteht in der Annahme, dass die Mitglieder einer Partei bestimmte grundlegende Wertvorstellungen teilen und bestimmte Vorstellungen darüber haben, wie sich diese politisch verwirklichen lassen. Parteipolitische Unterschiede wären daher weniger in den unterschiedlichen (materiellen) Interessen der Wähler, sondern vor allem in unterschiedlichen Ideen begründet (Zohlnhöfer 2005: 53).

Durch eine nähere Betrachtung verschiedener Mechanismen können weitere Varianten der Parteiendifferenztheorie unterschieden werden. So erwartet Tufté (1978), dass Parteien ihre Politik vor allem an wichtigen anstehenden Wahlen ausrichten, um ihre Wiederwahl zu sichern. Sozialpolitische Geschenke werden daher eher in der Vorwahlphase und einschneidende Belastungen nach der Wahl umgesetzt (Schmidt 2003: 27). Eine zweite wichtige Größe sieht Tufté in der wirtschaftlichen Problemlage. Parteipolitische Unterschiede in der Staatstätigkeit werden nur sichtbar, wenn die Lage nicht von einem dominierenden wirtschaftlichen Problem überschattet wird, welches über Parteienunterschiede hinweg gelöst werden muss (Tufté 1978: 101). Schließlich werden weitere Einschränkungen von Parteeffekten auf die Regierungspolitik durch verschiedene Rahmenbedingungen thematisiert. Zum einen wird erwartet, dass die Politik der regierenden Partei(en) durch andere Parteien beeinflusst wird, da sie sich um Wählerstimmen konkurrierend durch einen "Ansteckungseffekt" der Programmatik anderer starker Parteien der Koalition oder Opposition annähern (Hicks und Swank 1992). Außerdem wird das Regierungshandeln von der parteipolitischen Machtverteilung innerhalb und außerhalb des Parlaments, sowie verschieden hohen institutionellen Beschränkungen beeinflusst (Schmidt 2003: 25). Im letzten Punkt besteht ein Übergang zur politisch-institutionellen Theorie. Eine weitere Beschränkung der alleinigen Steuerbarkeit von Politik durch Regierungen wird in zunehmenden

Denationalisierungstendenzen, zu denen es beispielsweise aufgrund einer voranschreitenden Globalisierung oder der Mitgliedschaft in einer supranationalen Institution wie der EU kommt, gesehen. Hierbei besteht ein Übergang zur internationalen Hypothese.

Gilt die Parteiendifferenzhypothese allgemein als etabliert, so herrscht doch in der Literatur keine Einigkeit darüber, in welchem Maße und in welchen Politikfeldern "Parties do matter". So kann sich der Einfluss von verschiedenen Parteien auch durch deren Orientierung am Medianwähler – um Stimmen zu gewinnen – verringern (vgl. Zohlnhöfer 2005). Plausibel scheint die Annahme, dass die parteipolitische Färbung vor allem in ideologisch aufgeladenen Politikfeldern Erklärungskraft besitzt. Zu diesen kann die Entwicklungspolitik gerechnet werden, da es bei ihr um die Umverteilung von Ressourcen geht.

Als nächstes stellt sich die Frage, auf welcher Dimension sich parteipolitische Unterschiede bezüglich der Frage staatlicher Entwicklungshilfe sinnvoll abbilden lassen.

Zuerst sollte festgehalten werden, dass die Links-Rechts-Dimension innerhalb fast aller Länder als dominant betrachtet werden kann (Budge und Robertson 1987: 392). "Moreover, it is the only one that occurs everywhere for comparative purposes" (Gabel und Huber 2000 zitiert in Mc Donald und Budge 2005: 36).

Als grundlegend für die Links-Rechts-Dimension wird der klassische wirtschaftspolitische Konflikt der Wirtschaftsregulierung durch die Regierung im Gegensatz zum freien Unternehmertum gesehen (Budge und Robertson 1987: 394-395). Inglehart (1990: 253) sieht u. a. in der Reduzierung von Einkommensungleichheit ein zentrales Element der traditionellen Linken. Grundsätzlich lassen sich "Old Left issues" von "New Left issues" unterscheiden. Die Themen der "alten Linken" wie die Arbeiterfrage, Wohlfahrt und Wirtschaftskontrolle werden durch die Erweiterung des politischen Themenrepertoires der "neuen Linken" ergänzt. Zu diesem gehören etwa Umwelt- und Frauenpolitik, Medien, Pazifismus, Internationalismus und generelle Lebensqualität (Budge und Robertson 1987: 394-395; Inglehart 1990: 375).

Themen, die hingegen der Rechten wichtig sind, beziehen sich zum Beispiel auf wirtschaftliche Entwicklung, Effizienz, freies Unternehmertum, Begrenzung von Sozialpolitik und starke militärische Abwehr (Budge und Robertson 1987: 396; Budge et al. 2001: 21-24).

Folgt man dieser Trennung unterschiedlicher Überzeugungen der Linken und der Rechten, wie die Welt aussehen sollte, liegt es nahe, dass sich auch und gerade bei der Frage der staatlichen Entwicklungshilfe klare Differenzen ergeben, welche sich sinnvoll auf der Links-Rechts-Dimension abbilden lassen. Auch hier besteht die Parallele im nationalen und internationalen Kontext bezüglich der normativen Streitfrage, ob und wie viel staatliche Intervention in den Lauf marktwirtschaftlicher Kräfte erstrebenswert ist. Sollten die idealtypisch programmatischen Unterschiede der linken und rechten Parteien über den nationalen Kontext hinaus auch global gelten, kann erwartet werden, dass die Linke generell das Ziel höherer staatlicher Entwicklungshilfe vertritt und die Rechte eine begrenzte staatliche Entwicklungshilfe anstrebt. Möchte die Linke ihrem Anspruch der Reduzierung sozialer Risiken und der Vergrößerung sozialer Gerechtigkeit durch Redistributionen gerecht werden, muss sie nach ihrem Verständnis¹⁷ in den globalen freien Markt intervenieren, um dessen unsoziale Externalitäten zu korrigieren. Die Rechte würde erwartungsgemäß in der staatlichen Entwicklungshilfe eine Störung und Verzerrung der Wirtschaftskräfte sehen, welche zu Ineffizienzen führte, die es zu vermeiden gelte¹⁸. An dieser Stelle soll noch einmal die zugrunde liegende Links-Rechts-Dimension der Befürworter wirtschaftlicher Intervention auf der einen und den Anhängern des "laissez faire Prinzips" auf der anderen Seite betont werden. Im Gegensatz dazu würde sich zum Beispiel eine nationalistische Rechte aus anderen Gründen, etwa der Schonung nationaler Ressourcen, gegen Entwicklungshilfe aussprechen. Auch eine extrem linke Position würde sich höchstwahrscheinlich gegen Entwicklungshilfe aussprechen, da sie in ihr eine Aufrechterhaltung und Verfestigung des Systems, eine Übertragung des Kapitalismus auf die EL und das Entstehen neuer Abhängigkeiten zwischen IL und EL sähe.

Die Rolle von Parteien im Aufbau und der Entwicklung des WS wurde bereits in zahlreichen Beiträgen untersucht¹⁹. Die Ergebnisse zeigen jedoch kein eindeutiges Bild. Vor allem die Untersuchung verschiedener Zeiträume, die unterschiedliche Auswahl an Fällen sowie die Verwendung unterschiedlicher Messungen der

¹⁷ Dies wird hier betont, da eine marktliberale Position dem entgegenhalten würde, dass das Ziel einer gerechten Verteilung gerade durch die Entfaltung freier Marktkräfte erreicht würde.

¹⁸ Auch hier könnte man entgegenhalten, dass sich die wirtschaftlichen Kräfte jedoch besser entfalten können, wenn die am stärksten unterentwickelten Länder durch Entwicklungshilfe soweit unterstützt werden, dass sie überhaupt am Wirtschaftsprozess teilnehmen können. Bei Ländern mit einem BNE pro Kopf unter 200 US- \$ ist dies kaum der Fall.

¹⁹ Für einen Überblick bis 1991 siehe z.B. Huber et al. 1993: 716. Neue Untersuchungen siehe etwa Castles 2004; Hicks 1999; Kittel et al. 2000; Kittel und Obinger 2003.

unabhängigen wie abhängigen Variablen sind dafür verantwortlich (Wilensky 2002: 212).

Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Parteienfärbung und der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe liegt fast ausschließlich die Links-Rechts-Dimension zugrunde. Die Beobachtung, dass die Entstehung von Organisationen und Institutionen sowie deren Verhalten und die bereits angesprochenen Entwicklungsdekaden oft eindeutig unter dem Vorzeichen einer Seite der Links-Rechts-Dimension standen, lässt Thérien (2002: 452) zu dem Schluss kommen, dass "The Right-Left distinction opens the way to revisiting the whole evolution of development assistance policies".

Stokke kommt zu dem Schluss, dass sich in jedem der untersuchten Länder eine Links-Rechts-Dimension unterscheiden lässt, besonders bezüglich der Frage der Höhe der Hilfe (Stokke 1989: 283). Trotz der weitgehend einheitlichen Verwendung der Links-Rechts-Dimension bei der Untersuchung der Effekte von Parteien auf die Höhe staatlicher Entwicklungshilfe existiert kein einheitliches Bild in den Ergebnissen der Studien. Die Erkenntnisse qualitativer Untersuchungen legen nahe, dass linke Parteien tendenziell oder sogar eindeutig großzügigere EH-Zahlungen befürworten und leisten (Lumsdaine 1993: 119; Thérien und Noël 2000: 152). "In country after country, the politicians and political parties that strongly advocated aid were those on the left" (Lumsdaine 1993: 139). Unter anderem auch anhand von Meinungsumfragen konnte gezeigt werden, dass sich dem linken Spektrum zugehörig fühlende Individuen, Gruppen und Organisationen als Unterstützer der Entwicklungshilfe erweisen (Lumsdaine 1993: 138; siehe auch Noël und Thérien 2002).

Seltener werden auch der politischen Mitte angehörende Parteien christlicher oder sogar liberaler Prägung zu den Befürwortern großzügiger EH-Zahlungen gezählt (Cooper und Verloren van Themaat 1989: 143; Stokke 1989: 283; Svendsen 1989: 93).

Die Ergebnisse quantitativer Studien konnten bisher jedoch keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der parteipolitischen Färbung von Regierungen und dem Niveau geleisteter staatlicher Entwicklungshilfe bestätigen.

Imbeau untersuchte 17 Geberländer in vier verschiedenen Jahren zwischen 1966 und 1981. Er kommt zu dem Schluss, dass eher links orientierte Länder mehr Entwicklungshilfe zahlten, unter Vorbehalt seiner nicht eindeutigen Ergebnisse. Nur

zwei der untersuchten vier Jahre brachten statistisch positive und signifikante Ergebnisse hervor (Imbeau 1988, 1989).

Noël und Thérien finden in ihrer ersten vergleichenden Studie von 16 Geberländern keine Korrelation zwischen den Regierungsparteien und dem Niveau der Entwicklungshilfe. Sie schließen aber aus den unterschiedlichen Ergebnissen qualitativer und quantitativer Studien, dass weitere Untersuchungen gemacht werden sollten und die Hypothese einer Beziehung zwischen Parteiorientierung und staatlicher Entwicklungshilfe vielleicht nur falsch getestet wurde (Thérien und Noël 2000: 153).

In ihrer neueren Studie finden sie wieder keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der direkten (zeitgleichen) oder kumulierten Stärke der Linken im Kabinett und dem Niveau staatlicher Entwicklungshilfe (Thérien und Noël 2000: 156).

Round und Odedokun (2003: 21) erhalten durch ihre Untersuchung ein anderes Bild des Zusammenhangs. Ihr Ergebnis weist sogar einen positiven und statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Stärke der Rechten in der Exekutive und Legislative einerseits und EH-Zahlungen andererseits auf.

Die teilweise widersprüchlichen Ergebnisse dieser Studien erfordern weitere Untersuchungen unter Einbezug einer größeren Anzahl an Ländern und eines längeren Zeitraums.

Parteieneffekte können kurz-, mittel- und langfristig auftauchen. Daher sollen drei verschiedene Konzepte der Messung linker Stärke der jeweiligen Regierung²⁰ eines Geberlandes verwendet werden. Die Wahl der Messung Linker Stärke durch den Anteil an Regierungssitzen wird dadurch begründet, dass somit – im Gegensatz zu alternativen Messungen wie zum Beispiel durch den Anteil der Sitze im Parlament oder die Wählerstimmen – ein direkter Einfluss auf die Politik gemessen wird (Huber et al. 1993: 725):

- 1) Die Linksstärke in dem gleichen Zeitraum der Messung der abhängigen Variable, um mögliche unmittelbare Parteieneffekte zu messen.
- 2) Die Linksstärke in dem Zeitraum ein Jahr früher, als die Messung der abhängigen Variable vorgenommen wurde. Damit würde dem Umstand Rechnung getragen, dass

²⁰ Zur linken Parteienfamilie werden hier die kommunistischen/sozialistischen, sozialdemokratischen und grünen Parteien nach Schmidt (1996 und 2007) gezählt. Die Stärke wird durch den Anteil der Sitze linker Parteien an den gesamten Kabinettsitzen auf Tagesbasis gemessen.

Regierungen eine gewisse Zeit brauchen ihre Politik zu produzieren, da zum einen die Phasen des Policy-Zyklus durchschritten werden müssen und eventuell das Erbe der Vorgängerregierungen nachwirkt.

3) Die von 1945²¹ bis zum Ende des Zeitraums der Messung der abhängigen Variable kumulierte Linksstärke.

Der Grund hierfür liegt in der Vermutung, dass der Effekt von Regierungsparteien sich erst richtig zeigt, wenn eine Partei für mehrere Jahre an der Macht ist und/oder auch historisch oft an der Regierung war. "Parties that are in office for long periods may come to dominate the public policy culture by establishing programmatic priorities for many generations to come" (Castles 2004: 104). Mit dieser Messung parteipolitischer Regierungsstärke konnten schlüssigere Ergebnisse bezüglich des Effekts linker Parteienstärke auf die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung verschiedener Länder gewonnen werden (Castles 2004: 109; Huber et al. 1993: 724) als in früheren Studien. Auch Thérien und Noël (2000: 160) kommen in ihrer Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Parteien und Entwicklungshilfe zu dem Schluss, "that political parties do matter, not directly and in the short run, but indirectly and over the years".

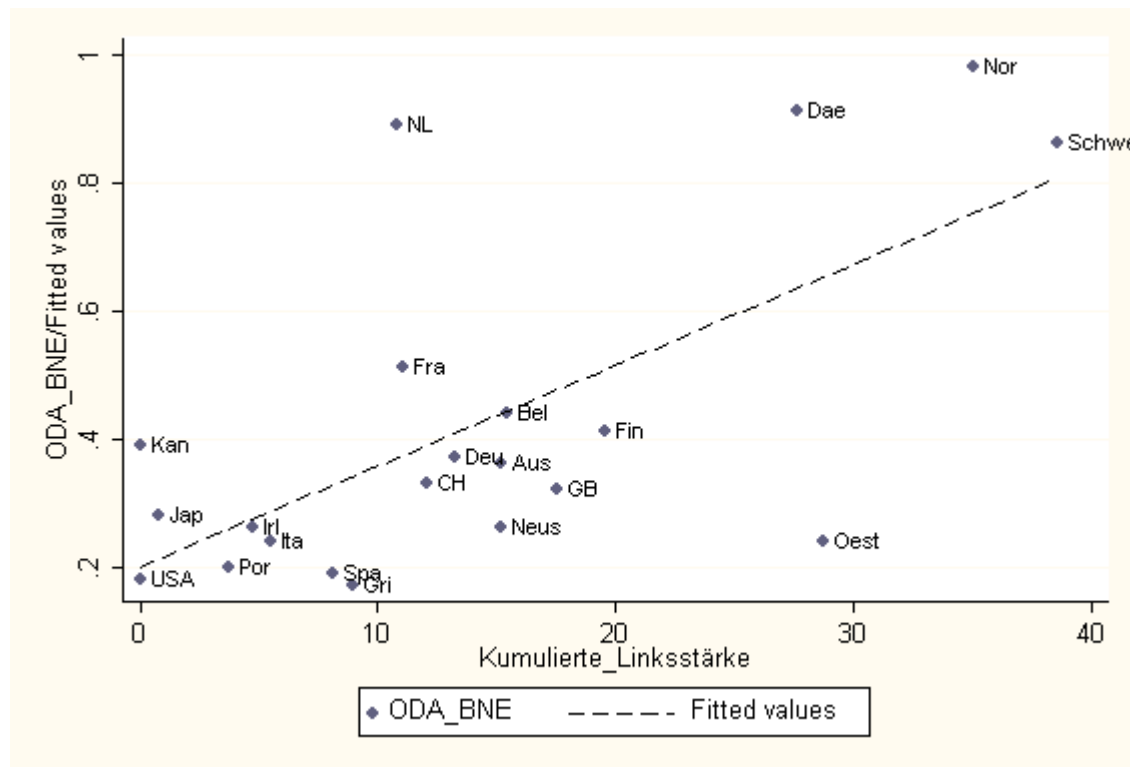
Das Schaubild 2 gibt einen ersten Eindruck auf den bivariaten Zusammenhang der kumulierten Linksstärke der Regierungen der Geberländer und der Höhe geleisteter staatlicher Entwicklungshilfe.

Probleme und Einschränkungen der Links-Rechts-Dimension

Es soll noch darauf hingewiesen werden, dass die Links-Rechts-Dimension nicht in allen Politikbereichen und Ländern als angemessen betrachtet wird. So hält Schmidt die Trennungslinie zwischen Befürwortern und Gegnern des WS in manchen europäischen Ländern für komplexer, als es die Links-Rechts-Dimension abbildet. Teilweise waren christdemokratische Parteien Befürworter eines starken Wohlfahrtsstaates (Schmidt 1996: 158).

²¹ 1945 ist das früheste Jahr. Für einige Länder wird – je nach der politischen Lage – ab einem späteren Zeitpunkt kumuliert, zum Beispiel für Deutschland ab 1949.

Schaubild 2: Streudiagramm der Variablen 'kumulierte Stärke linker Regierungsparteien' und 'ODA/BNE' von 21 OECD-Ländern 1980-2005. $R^2 = 0.44$



Verschiedene Studien zeigten einen positiven Effekt von christdemokratischen Parteien auf die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung zum Beispiel in den Niederlanden (Cox 1993) und in weiteren Ländern mit allerdings teilweise geringeren redistributiven Effekten (Esping-Andersen 1990). Daher soll auch der Effekt von Parteien der christlichen Mitte untersucht werden, wenn auch im Vergleich zur Linken kein so starker Zusammenhang erwartet wird. Der Einwand gegen die Verwendung der Links-Rechts-Dimension anhand von Parteienfamilien besteht in der Vernachlässigung eines großen Teils der Variation der politisch-ideologischen Orientierungen innerhalb der Parteienfamilien, vor allem der Unterschiede zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und linken Umweltparteien (Schmidt 1996: 158).

Es scheint hier trotzdem angemessen, die linke Parteienfamilie als Ganzes zu betrachten, da aus theoretischen Überlegungen nicht abzuleiten ist, welche Parteien innerhalb der linken Parteienfamilie in welchem Ausmaß staatliche Entwicklungshilfe befürworten. Wie oben bereits erwähnt, könnten zum Beispiel Teile der extremen

Linken gegen Entwicklungshilfe in ihrer jetzigen Form sein, da diese als Verschleierungstaktik bzw. Aufrechterhaltung und Befestigung des globalen Abhängigkeitssystems betrachtet wird. Andererseits gibt es kommunistische Parteien, die für eine hohe Entwicklungshilfe eintreten, wie zum Beispiel in den Niederlanden (Cooper und Verloren van Themaat 1989: 143) und in Schweden (Kärre und Svensson 1989: 263).

3.3 Die internationale Hypothese

Die ersten beiden vorgestellten Schulen gehen davon aus, dass hauptsächlich nationalstaatliche Erklärungsfaktoren die Staatstätigkeit beeinflussen.

Vertreter der internationalen Hypothese nehmen hingegen an, dass Staatstätigkeit zu einem großen Anteil durch supranationale und internationale Konstellationen beeinflusst wird. Zunehmende internationale Interdependenzen und die Europäische Integration sind zwei wichtige Entwicklungen, durch die die Rahmenbedingungen nationaler Regierungstätigkeit einer starken Veränderung unterlagen (Schmidt 2003: 44; Zohlnhöfer 2006: 7). So könnte eine Beeinflussung der EU auf die EH-Politik der Mitgliedstaaten durch indirekte Effekte wie Erklärungen angestrebter EU-Entwicklungshilfeniveaus, aber auch durch das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrags (Zohlnhöfer 2006: 8) stattfinden. Werden zum Beispiel einem Land Strafmaßnahmen bei nicht absehbarer Konsolidierung des Staatshaushalts angedroht, dürfte es einer Regierung in dieser Zeit schwer fallen, eine Erhöhung des EH-Etats bei gleichzeitigen Sparmaßnahmen und Kürzungen in anderen Politikfeldern zu beschließen. Auch könnten bestimmte, die Länder der EU verbindende Wertvorstellungen, wie zum Beispiel das bevorzugte internationale Auftreten als Zivilmacht statt Militärmacht oder die Vorbildfunktion im Bereich von Umweltstandards Einfluss auf die Politik der Länder nehmen. Die Mitgliedschaft bei der EU soll daher als kontrollierende Variable in die Untersuchung eingehen.

Staatliche Entwicklungshilfeszahlungen sind als wichtiger Teil des Politikfeldes Entwicklungspolitik ein Teil der Außenpolitik eines Geberlandes und dadurch mit strategischen, ideologischen und außenwirtschaftlichen Motiven, Zielen und Instrumenten der Außenpolitik verbunden (Nohlen 2000: 224). Als Teil der Außenpolitik ist das Phänomen Staatliche Entwicklungshilfe in ein Umfeld

eingebettet, welches mit dem hauptsächlichen Ziel, nationalen Interessen zu dienen, verbunden wird (Stokke 1989: 275). Nach Stokke findet hier eine Trennung der nationalen Interessen in Selbstinteressen ökonomischer und sicherheitstheoretischer Art auf der einen Seite und in Interessen der Förderung und Verbreitung des einem Lande zugrunde liegenden Wertesystems auf der anderen Seite statt (Stokke 1989: 275). Die aus dieser Trennung zu unterscheidenden zwei Faktorengruppen sind nicht eindeutig einer Schule zuzuordnen. Hier werden die ökonomischen Interessen als Kontrollvariable aufgenommen, die Faktoren sicherheitstheoretischer Art der internationalen Hypothese zugeordnet und die Faktoren der zweiten Gruppe wurden bereits unter der politisch-institutionellen Theorie behandelt.

Gab es früher noch eine analytische Trennung von Innen- und Außenpolitik, so gilt dies heute nicht nur als überholt, sondern die Außenpolitik wird als ein eng mit innenpolitischen Bedingungen verknüpftes Handlungsfeld verstanden, das nur im Kontext der innenpolitischen Voraussetzungen analysiert werden kann (Lemke 2000: 104).

Zu den Basisfaktoren, die Außenpolitik konstituieren, werden Akteurskonstellationen, Machtverteilungen, historisch gebildete Normen und Werte sowie öffentliche Diskurse über außenpolitische Probleme gezählt (Lemke 2000: 104).

Zunächst sollte daher überprüft werden, ob die "drei großen" Theorien²² der internationalen Beziehungen einen Beitrag zur Erklärung der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe leisten können.

Der Realismus betrachtet allein den Staat als Akteur und sieht staatliches Handeln vor allem durch Machterhalt und nationale Interessen determiniert (Lemke 2000: 54). Bezüglich der Entwicklungshilfe könnte das bedeuten, dass die eigenen nationalen Sicherheitsinteressen klar im Vordergrund und die Bedürfnisse der EL im Hintergrund stehen (Schraeder et al. 1998: 299). Diese Sichtweise ist für die vorliegende Untersuchung aus drei Gründen nicht hilfreich. Erstens herrscht weitgehend Übereinstimmung darin, dass im Kontext der Globalisierung und zunehmender internationaler Verflechtungen Staaten keine Außenpolitik aus rein nationalem Interesse betreiben können, sondern weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und den Kontext internationaler Organisationen berücksichtigen müssen. Wird jedoch zweitens staatliche Entwicklungshilfe als

²² Bis heute ist es meist üblich, den Realismus, den Liberalismus und den Marxismus zu den drei großen Denkschulen zu zählen, wobei weder die Theorietraditionen in sich noch deren Bezeichnungen homogen sind (Krell 2003: 174).

Machtmittel und aus Eigeninteresse eingesetzt – was sehr wahrscheinlich oft der Fall ist –, wird dadurch fast ausschließlich die Allokation der Entwicklungshilfe und nicht das gesamte EH-Niveau determiniert. So haben zum Beispiel im kalten Krieg die USA und die Sowjetunion Entwicklungsländer mit Geldern belohnt, um sich deren internationale politische Unterstützung zu sichern (etwa Lundborg 1998). Schraeder et al. (1998: 320) arbeiteten heraus, dass sich die Geberländer USA, Japan, Frankreich und selbst das sonst so häufig für seine altruistische Entwicklungshilfe gelobte Schweden in den 1980er Jahren bei ihren Hilfeleistungen nicht an den bedürftigsten Ländern orientierten. Eine wichtige Rolle spielte die Ideologie des Empfängerlandes sowie strategische und wirtschaftliche Interessen. Lumsdaine (1993: 41, 302) geht davon aus, dass bis Ende der 1980er Jahre etwa ein Drittel der Entwicklungshilfe direkt von Geberinteressen determiniert geleistet wurde, wovon aber nur ein sehr kleiner Anteil tatsächlich diesen diente. In einer komplexen Welt ist es fraglich, ob die unterstützten Länder später auch wirklich den nationalen Interessen des Geberlandes dienen und nicht vielleicht sogar entgegengesetzte Ziele verfolgen. Drittens kann nicht erklärt werden, warum den ärmsten EL Hilfe zukam, welche dem nationalen Eigeninteresse kaum dienlich sein können. Der theoretische Ansatz des Realismus hilft uns daher nicht weiter bei der Erklärung unterschiedlicher staatlicher EH-Niveaus.

Im Liberalismus wird eine Pluralität von Akteuren in der internationalen Politik angenommen, die über internationale Organisationen miteinander verflochten und voneinander abhängig sind. Macht ist im internationalen System verteilt und im Zentrum steht die Frage, wie Staaten und Organisationen miteinander kooperieren können, um ihre Position zu verbessern und die gemeinsamen weltpolitischen Probleme zu bearbeiten. Diese Denkschule basiert auf der Annahme, dass Staaten durch gegenseitige Kooperation gewinnen können. Nationalstaaten verlieren tendenziell an Bedeutung und internationale Organisationen werden wichtiger (Lemke 2000: 27). In dieser Sichtweise werden eher die Bedürfnisse der EL als wichtig erachtet und die Sicherheitsinteressen hintangestellt (Schraeder et al. 1998: 299). Aber auch diese Theorie kann nicht die sehr unterschiedlichen EH-Niveaus der IL erklären, sondern könnte zur Untersuchung der Determinanten der Allokation beitragen.

Schließlich sieht der Marxismus Entwicklungshilfe als von ökonomischen Interessen der Geberländer determiniert. Sie wird als ein Instrument zur Ausdehnung der

Ausbeutung des Südens betrachtet, durch das wirtschaftliche Disparitäten erhalten oder sogar noch erweitert werden. Viele Marxisten würden sogar lieber die Entwicklungshilfe in ihrer jetzigen Form abschaffen und mit Hilfe internationaler Organisationen eine kontrollierte Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen global herbeiführen (Schraeder 1998: 299). Auch hier kann keine Erklärung für unterschiedliche Niveaus entnommen werden, sondern "nur" wie bei den zwei anderen theoretischen Ansätzen eine Begründung, warum das Phänomen Entwicklungshilfe überhaupt existiert und welche Überlegungen bei seiner Allokation eine Rolle spielen.

Es wurde dargelegt, dass keine der drei großen Theorien der internationalen Beziehungen in ihrer idealtypischen Form unterschiedliche Niveaus staatlicher Entwicklungshilfe, sondern lediglich die Existenz und Allokation derselben erklären können.

Auch die Determination, die aus dem Status einer ehemaligen Kolonialmacht resultiert, wirkt eher auf die Allokation als auf die Höhe der Entwicklungshilfe, wie die Beispiele Frankreich und England zeigen. Doch selbst bei dieser Wirkung wird über die Zeit ein Rückgang erwartet (Stokke 1989: 288).

Andere Mechanismen müssen herangezogen werden, um unterschiedliche Niveaus staatlicher Entwicklungshilfe zu erklären.

3.4 Die sozioökonomische Schule

Der sozioökonomische Theoriestrang lässt sich in seiner Erklärung der Staatstätigkeit in Determinanten teilen, die aus gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Bedarfslagen der Bevölkerung einerseits und den zur Verfügung stehenden sozioökonomischen Ressourcen der Gesellschaft und des Staates andererseits resultieren (Schmidt 2003: 8). Zum ersten Teil gehört die Annahme, dass Staatstätigkeit hauptsächlich als Reaktion auf die durch wirtschaftliche und soziale Modernisierungsprozesse überlasteten bisherigen Problemlösungen und Institutionen gesehen werden kann. Mit zunehmender Modernisierung wird daher auch eine wachsende Staatstätigkeit erwartet, was sich zum Beispiel in einer wachsenden Staatsquote niederschlägt (Zohlnhöfer 2006: 2). Wird in dieser Sichtweise Staatstätigkeit eher durch Zwang und weniger durch Intention und

Umsetzung von Wertvorstellungen bestimmt, stehen im zweiten Teil die Beschränkung oder Stimulierung von Handlungsmöglichkeiten aufgrund unterschiedlich hoher Verfügbarkeit sozioökonomischer Ressourcen im Vordergrund. Der erste Teil würde daher auf die Frage eingehen, warum es Entwicklungshilfe gibt und ob verschiedene Bedarfslagen in den EL die Höhe und Allokation der Entwicklungshilfe beeinflussen. Da es hier jedoch nicht um die nationale Bedarfslage geht, sondern der internationale Kontext betrachtet wird, würde eine erhöhte Bedarfslage der EL den Druck zunächst auf alle Geberländer in gleichem Maße erhöhen und somit nicht zur Erklärung von Niveauunterschieden zwischen den Geberländern beitragen.

Aus dem Blickwinkel der Geberländer stellen jedoch die ökonomischen Ressourcen des Staates eine wichtige Größe bei der Entscheidung dar, welcher Anteil von den begrenzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln für welche Staatstätigkeit eingesetzt wird. Mit anderen Worten geht es darum, ob ein Land hinsichtlich der Kapazität überhaupt in der Lage ist, großzügig zu sein bzw. ein gewisses Niveau an Entwicklungshilfe aufzubringen. Zwei wichtige Größen, welche die Verfügbarkeit ökonomischer Ressourcen beeinflussen, sind die Ausgeglichenheit des Staatshaushalts und die Wirtschaftskraft eines Landes. Deutet die Wirtschaftskraft auf das Ausmaß wirtschaftlichen Wohlstands hin und ist relativ eng mit dem Staatshaushalt verbunden, weist sie dennoch einen Unterschied zu dieser Größe auf. Müssen zum Beispiel Schulden bezahlt werden oder gibt es eine geringe Besteuerung der Wirtschaft, könnte es sein, dass ein Land trotz prosperierender Wirtschaft kein ausgewogenes Staatsbudget aufweist. Ein Land mit niedriger Wirtschaftskraft in Verbindung mit einer hohen Besteuerung der Wirtschaft und niedrigen oder keinen Schulden im Ausland könnte jedoch ein ausgeglichenes Staatsbudget aufweisen.

Es wird erwartet, dass Länder mit hohem wirtschaftlichen Wohlstand und/oder ausgeglichenem Staatshaushalt ein höheres EH-Niveau aufweisen. Zunächst einmal haben sie größere Ausgabekapazitäten. Betrachtet man staatliche Entwicklungshilfe als Staatskonsum, würde man ökonomisch betrachtet daher eine positive marginale Konsumneigung²³ im Verhältnis zum Einkommen erwarten, also einen höheren Anteil

²³ Beim Konzept der marginalen Konsumneigung wird erwartet, dass der Zuwachs des Konsums kleiner als der Einkommenszuwachs sein wird und folglich die Haushalte – hier Staatshaushalte – einen Teil des zusätzlichen Einkommens sparen (Mankiw 2000: 64).

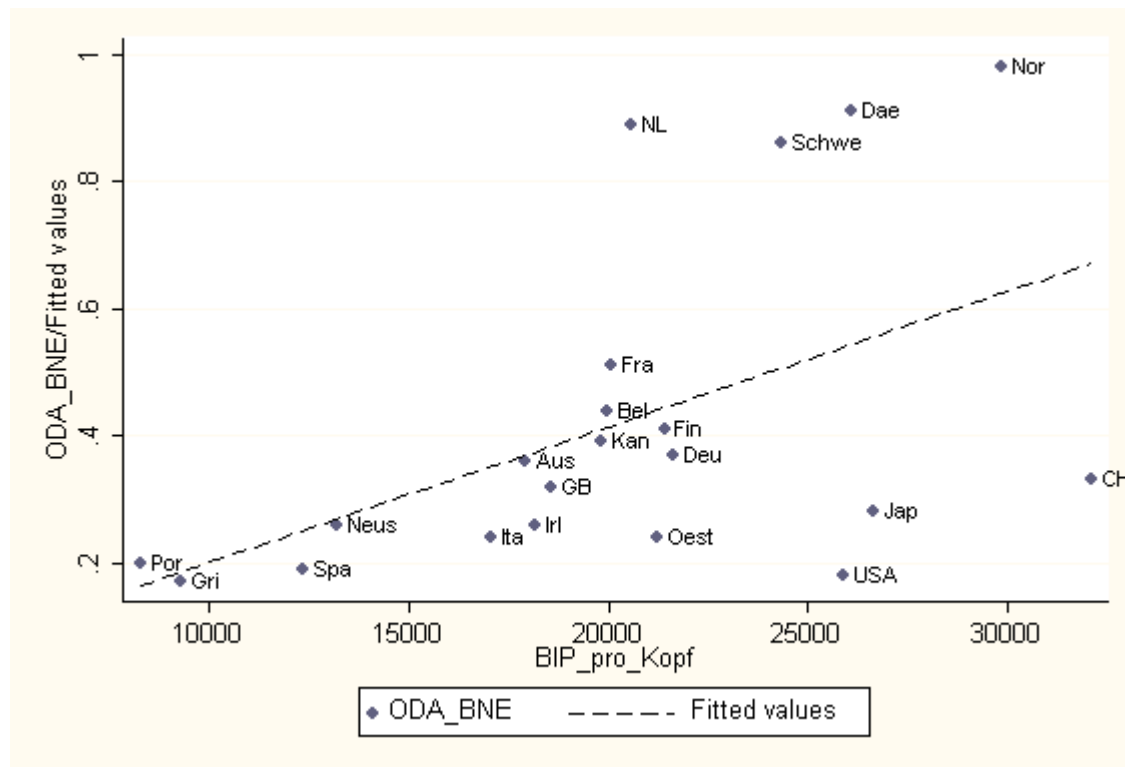
der Entwicklungshilfe am Einkommen bei einem höheren Einkommensniveau (vgl. Round und Odedokun 2003: 8).

Zum anderen finde es ihnen schwer, gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft zu erklären, dass sie in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstands und/oder ausgeglichener Haushalte ihre Entwicklungshilfe auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau halten und somit die ärmsten Länder nicht in angemessener Weise an ihrem Wohlstand teilhaben lassen. Länder mit schwacher Wirtschaftskraft oder hohen Budgetdefiziten hätten weniger Rechtfertigungsprobleme einer solchen Politik. Nun könnte man meinen, dass alle OECD-Länder eine hohe Wirtschaftskraft und einigermaßen ausgeglichene Staatshaushalte aufweisen. Die Unterschiede sind jedoch größer, als allgemein angenommen werden könnte (siehe etwa Tabelle 10 im Anhang S. 73 für das BIP pro Kopf).

Beim Einfluss der Wirtschaftskraft durch unterschiedlich hohe Verfügbarkeiten ökonomischer Ressourcen sollte zwischen Querschnitts- und Längsschnittseffekten unterschieden werden (etwa Busemeyer 2007: 585; Wilensky 2002: 212). Der Unterschied liegt im vermuteten Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskraft und dem Ausgabenniveau in einem bestimmten Zeitabschnitt und dem nach dem Wagnersche Gesetz sich als über die Zeit hinweg entwickelnden Zusammenhang (Busemeyer: 2007: 585). In dieser Untersuchung wird der Zusammenhang im Querschnitt untersucht. Ein positiver Effekt der Wirtschaftskraft auf Ausgabenniveaus konnte auch in anderen Politikfeldern beobachtet werden (Schmidt et al. 2003: 12), zum Beispiel bei den Bildungsausgaben (etwa Busemeyer: 2007: 599) oder der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung (etwa Wilensky 2002: 212).

Schaubild 3 stellt den Zusammenhang zwischen dem BIP pro Kopf und der geleisteten ODA/BNE der 21 untersuchten OECD-Länder im Durchschnitt 1980-2005 grafisch dar.

Schaubild 3: Streudiagramm der Variablen 'BIP pro Kopf' und 'ODA/BNE' von 21 OECD-Ländern 1980-2005. $R^2 = 0.25$



3.5 Die Theorie der Machtressourcen organisierter Interessen

Vertreter der Machtressourcentheorie gehen davon aus, dass die Staatstätigkeit durch die wirtschaftliche und politische Machtverteilung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen mit gegensätzlichen Interessen geprägt wird (Schmidt 2003: 17). Eine erfolgreiche Politik im Sinne der Vertreter einer bestimmten politischen Zielsetzung ist daher vor allem in kohärenten Konfigurationen möglich: also zum Beispiel eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik, wenn eine sozialdemokratische Regierung auf starke Gewerkschaften trifft (Zohlnhöfer 2006: 3). Demnach wäre eine erfolgreiche entwicklungshilfefreundliche Politik vor allem dann möglich, wenn eine linke Regierung auf starke und einflussreiche Entwicklungshilfeorganisationen trifft. Nach Nuscheler werden jedoch Entwicklungshilfeverbände international zu den auf den Politikformulierungsprozess eher wenig einflussreichen Lobbyisten gezählt. Sie können als wichtig, aber letztlich oft als relativ ohnmächtig betrachtet werden. Trotz mancher Erfolge sollte ihr Einfluss

nicht überschätzt werden (Nuscheler 2004: 557, 565). Andererseits zeigt Nye mit seinem Konzept der "soft power", dass NGOs generell durchaus Einfluss auf die Politik nehmen können. Weniger durch Zwangsausübung, sondern durch Beeinflussung der Präferenzen der am Politikprozess beteiligten Akteure (Nye 2004). Jedoch stehen bisher keine (vergleichbaren) Daten zu Stärke und Einfluss von Entwicklungshilfeorganisationen als potentieller Machtressource zur Verfügung. Weitere – wenn auch "weichere" als die oben definierten - Machtressourcen könnten Einfluss auf die entwicklungspolitische Staatstätigkeit ausüben:

- entwicklungshilfefreundliche und einflussreiche Akteure (Politiker wie beispielsweise in Deutschland Willy Brandt, Erhard Eppler oder Heidemarie Wiczorek-Zeul oder Prominente),
- durch weltbewegende Ereignisse (z. B. Hungersnöte oder Naturkatastrophen) geöffnete "Policywindows" und
- entwicklungshilfefreundliche Phasen der Aufmerksamkeit in gesellschaftlichen oder politischen Konjunkturzyklen.

Machtressourcen dieser Art können jedoch eher qualitativ untersucht werden.

3.6 Die Theorie der Pfadabhängigkeit und des Politikerbes

Vertreter der Theorie der Pfadabhängigkeit und des Politikerbes sind der Überzeugung, dass Entscheidungen von Vorgängerregierungen die aktuelle Staatstätigkeit prägen, indem sie den Handlungsspielraum einengen. Nach Schmidt wird bei einer Variante die Erblast im Sinne der Summe der bestehenden Regeln betont, welche nur noch geringe Veränderungen der Politik erlauben. Die These von der Pfadabhängigkeit hingegen betont die Bedeutung früherer Weichenstellungen des Pfades, von dem nur schwer abgewichen werden kann. Hierfür werden hauptsächlich eine gewisse Trägheit sowie Kosten-Nutzen-Abwägungen verantwortlich gemacht (Schmidt 2003). So bleiben hinlänglich zufrieden stellende Lösungsverfahren bestehen, während die mit Unsicherheit hinsichtlich des Erfolgs und womöglich hohen Kosten verbundenen Alternativen vermieden werden.

Daher ist ein Einfluss von Regierungswechseln auf die Staatstätigkeit zumindest kurzfristig unwahrscheinlich (Zohlnhöfer 2006: 8).

In einem bestimmten, eher indirekten Maße gehen die aus der Pfadabhängigkeit und aus dem Politikererbe resultierenden Determinanten der Staatstätigkeit auch in diese Untersuchung ein. So kann zum Beispiel die Höhe der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung als Resultat eines früher eingeschlagenen Pfads einer Regierung betrachtet werden, welchen Nachfolgeregierungen – selbst wenn sie wollten – nicht ohne weiteres verlassen können und der somit ihre Staatstätigkeit beeinflusst. Auch die Betrachtung mehrjähriger Perioden und die Konzepte der Messung des Einflusses der kumulativ und zum Zeitpunkt $t-1$ gemessenen parteipolitischen Färbung einer Regierung auf die Staatstätigkeit könnte eine Beeinflussung dieser Art aufdecken oder ihr gerecht werden.

Diese Beispiele machen noch einmal die Überschneidungen und teilweise fließenden Übergänge sowie die Integrierbarkeit der verschiedenen Ansätze deutlich.

3.7 Kontrollvariablen

Eine Reihe zusätzlicher Kontrollvariablen vor allem sozioökonomischer und institutioneller Art soll in die Untersuchung aufgenommen werden. Im Unterschied zu den anderen erklärenden Variablen wird erwartet, dass sie zwar einen Einfluss haben, aber nicht zu den zentralen Determinanten zu zählen sind.

Die Größe des Landes anhand der Bevölkerung:

Kleine Länder gehören auf dem internationalen politischen Parkett selten zu den einflussreichen Akteuren. Daher erhoffen sie sich vielleicht durch ein hohes Niveau ihrer Entwicklungshilfe global politischen Einfluss zu bekommen, zum Beispiel in Form zusätzlicher Stimmen von verbündeten EL bei Abstimmungen in internationalen Verhandlungen. Zwar würde dies in erster Linie die Allokation der Entwicklungshilfe beeinflussen, aber der Ruf eines generell großzügigen EH-Zahlers könnte insgesamt die Gruppe der EL zu Handlungen im Sinne dieses Gebers bewegen.

Round und Odedokun (2003: 9) nennen zwei andere mögliche Gründe eines Zusammenhangs zwischen der Ländergröße und dem EH-Niveau. Zum einen bestehe die Möglichkeit zunehmender Skalenerträge, indem zum Beispiel die administrativen Kosten der Entwicklungshilfe – welche auch zur ODA gezählt werden

– bei kleineren Ländern einen im Vergleich zu großen Ländern höheren Anteil an der Entwicklungshilfe einnehmen. So haben auch kleine Länder einen gewissen kostenintensiven administrativen Entwicklungshilfeapparat. Möglich wäre auch, dass bestimmte Untergrenzen bei EH-Zahlungen an ein EL bestehen, die zu erreichen für kleinere Länder mit höheren Kosten verbunden sind, welche sich bei ihnen folglich in einem höheren Anteil am BNE niederschlagen als bei großen Zahlern. Ein als angemessen betrachteter Betrag, von mehreren Millionen US-Dollar an Indien würde, zum Beispiel von den USA im Gegensatz zu Luxemburg leicht erreicht oder übertroffen (Round und Odedokun 2003: 9).

Daher wird eine negative Beziehung zwischen der Größe eines Landes – gemessen an der Bevölkerungszahl – und dem EH-Niveau erwartet.

Die Zugehörigkeit zur EU:

Eine mögliche angestrebte Vorbildfunktion und Werteorientierung der EU hängt unter anderem damit zusammen, dass ihre meisten Mitglieder zu Zivilmächten gezählt werden, welche eher durch Scheckbuchdiplomatie als durch militärische Intervention in die Weltpolitik eingreifen. Dies muss sich jedoch nicht notwendigerweise in der Höhe der Militärausgaben widerspiegeln, denn auch Zivilmächte können ein modernes und kostenintensives Militärwesen unterhalten.

Außerdem verpflichtete sich die EU gegen Ende des 20. Jahrhunderts bis 2010 ihre durchschnittliche ODA auf 0.51% des BNE zu erhöhen (UNDP 2005: 7). Der damit verbundene Druck auf ein Mindestniveau der Entwicklungshilfe sollte sich daher vor allem in den letzten beiden Perioden niederschlagen. Für eine Kontrolle der EU-Länder spricht ferner, dass deren durchschnittliche EH-Zahlungen über denen der G7 und der 21 untersuchten OECD-Länder insgesamt stehen (s. Tabelle 2 auf S. 21).

Daher wird erwartet, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der EU-Mitgliedschaft von Ländern und dem Niveau staatlicher Entwicklungshilfe besteht.

Die Höhe der Militärausgaben:

Im Jahr 2003 wurde von den OECD-Ländern im Schnitt fast das Zehnfache der Summe ihrer Entwicklungshilfe für Militärausgaben verwendet (UNDP 2005: 94). Vor allem die USA mit ihrem ungewöhnlichen Verhältnis zwischen EH- und Militärausgaben von 1:25 sind für diese Relation verantwortlich. Aber auch den

Militärmächten England und Frankreich scheint ihre EH-Leistung viel weniger wert zu sein als ihre Militärleistung. Es könnte daher sein, dass Länder mit einem großen Militäretat eher der Meinung sind, dass sie durch eine starke Militärleistung wirkungsvoller in die Weltordnung eingreifen können als durch hohe EH-Leistungen. Außerdem verringert sich durch kostspielige Militärpolitik der Handlungsspielraum im Etat. Aufgrund dieser Überlegungen würde man einen negativen Zusammenhang zwischen der Höhe der Militärausgaben und dem EH-Niveau erwarten. Round und Odedokun (2003: 9) argumentieren jedoch, dass Militärmächte hohe EH-Niveaus aufweisen könnten, da sie einen Teil der Entwicklungshilfe für vorbereitende Maßnahmen einer militärischen Aktion – zum Beispiel den Bau einer Militärbasis im EL – einsetzen. Eine solche Maßnahme könnte zum Beispiel der Ausbau der Infrastruktur im EL sein. Die Richtung des Zusammenhangs ist daher a priori nicht eindeutig zu bestimmen.

Die institutionellen Beschränkungen:

Innerhalb der OECD-Länder gibt es beträchtliche Unterschiede bezüglich der Höhe institutioneller Beschränkungen und damit im Handlungsspielraum der jeweiligen Staatsregierung. Durch verschiedene institutionelle Beschränkungen wird die politische Macht breiter gestreut und es ergeben sich verschiedene Einflussmöglichkeiten auf die Produktion und Implementation von Politik. Mit ihrem Index der "Konstitutionellen Struktur" möchten Huber et al. mögliche Zugangspunkte für einflussreiche Minderheitengruppierungen in das politische System messen. Vor allem in den Ländern mit Institutionen, die den Handlungsspielraum der Regierung stark einschränken, können mit einer nur knappen Mehrheit getroffene politische Entscheidungen blockiert werden und dadurch der Ausbau von Sozialpolitik verhindert werden (Huber et al. 1993: 722).

Dieser Logik folgend wird ein negativer Effekt von hohen institutionellen Beschränkungen auf die Höhe der staatlichen Entwicklungshilfe erwartet.

Die Handels- und Dienstleistungsbilanz der Geberländer:

Länder mit negativen Nettoexporten (also höheren Importen als Exporten), und somit einem Leistungsbilanzdefizit, könnten versuchen, mit Hilfe höherer Entwicklungshilfeszahlungen eine stärker ausgeglichene Leistungsbilanz zu erreichen, indem sie sich neue Absatzmärkte erschließen. Daher wird erwartet, dass Länder mit

einem Leistungsbilanzdefizit mehr Entwicklungshilfe leisten als Länder mit einem Leistungsbilanzüberschuss oder ausgeglichenen Leistungsbilanzen.

4. Methode, Hypothesen, Operationalisierungen und Datenbasis

In diesem Kapitel wird das Untersuchungsdesign der vorliegenden Arbeit vorgestellt. Im Anschluss daran wird in Tabelle 3 eine zusammenfassende Übersicht der aus den einzelnen Theorien abgeleiteten Variablen und Hypothesen, der Operationalisierungen der Konstrukte sowie der zugrunde liegenden Datenbasis gegeben.

Gegenstand der empirischen Analyse sind 21²⁴ dem DAC angehörende OECD-Länder, die im Querschnitt 1980-2005 untersucht werden. Diese Ländergruppierung bietet sich für einen systematischen empirischen Vergleich auch bei vergleichsweise geringer Fallzahl an, da die Länder die Voraussetzungen des "most similar systems design" erfüllen. Bei dieser Methode werden Fälle – hier Länder – ausgesucht, die eine gewisse Ähnlichkeit bezüglich vieler Systemvariablen, aber Unterschiede beim erwarteten Zusammenhang aufweisen. Dadurch können verschiedene Rahmenbedingungen als konstant gehalten betrachtet und das Problem zu vieler Variablen bei zu wenig Fällen verringert werden (vgl. etwa Goggin 1986: 333, 337).

So gehören die OECD-Länder beispielsweise alle der Familie westlicher, demokratischer, rechtsstaatlicher und kapitalistisch organisierter Industrieländer an.

Für den in der Literatur dominanten OECD-Länder-Vergleich spricht auch, dass insgesamt eine Vielzahl an Daten erhoben wurde, welche durch Bemühungen der Standardisierung der Statistiken dieser Länder am ehesten vergleichbar sind (Schmidt und Siegel 2007: 10).

Nicht zuletzt sind diese Länder die mit Abstand wichtigsten EH-Zahler²⁵. Sie leisteten 2004 circa 96 % der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe.

Der Untersuchungszeitraum zwischen 1980 und 2005 steht im Zentrum der Analyse und wird in fünf Perioden (80-84, 85-89, 90-94, 95-99 und 00-05) unterteilt.

Das Jahr 1980 eignet sich aus zwei Gründen als Beginn der Untersuchung. Zu diesem Zeitpunkt kann schon von einem etablierten und institutionalisierten System

²⁴ Die Zahl der 22 OECD-Länder verringert sich auf 21, da für Luxemburg keine Daten der Variable "Arbeitslosenunterstützung" verfügbar sind und auf 20 bis zur Periode 90-95, da Griechenland erst seit 1996 ODA leistet.

²⁵ Neben ihnen leistet auch Saudi-Arabien eine beachtliche Summe an Entwicklungshilfe.

internationaler staatlicher Entwicklungshilfe ausgegangen werden und drei weitere Länder (Luxemburg, Portugal, Spanien) sind zur Gruppe entwicklungshilfezahlender OECD-Länder hinzugekommen. Dadurch erhöht sich also die Fallzahl noch einmal bedeutend im Vergleich zu einer früher ansetzenden Analyse.

Die Unterteilung in Perioden weniger Jahre soll Nachteile der Betrachtung zu langer oder zu kurzer Zeiträume verhindern. Eine einzelne Betrachtung des gesamten Zeitraums könnte bestimmte Zusammenhänge verwischen.

Im Gegensatz zur Betrachtung einzelner Jahre können jedoch extreme Werte geglättet werden. Durch die Abdeckung von 25 Jahren kann überprüft werden, ob die Ergebnisse ein konstantes Bild über die Zeit aufweisen und dadurch eher in der zeitlichen Dimension generalisierbar sind. Die im zweiten Kapitel angesprochenen, verschiedenen Entwicklungsdekaden mit ihren unterschiedlichen entwicklungspolitischen "Paradigmen" sowie die geostrategische Akteurskonstellationen im Kalten Krieg könnten eine Beeinflussung darstellen. Durch die Analyse kann also gezeigt werden, ob und in welchem Maße sich durch die unterschiedlichen Entwicklungsdekaden (pro Dekade gibt es zwei Perioden) und die Perioden während und nach dem Kalten Krieg Unterschiede im Erklärungsmuster ergeben.

Methodisch sollen die entwickelten Hypothesen einer systematischen, empirischen Überprüfung unterzogen werden. Mit Hilfe komplementärer Testmethoden werden die unabhängigen Variablen im ersten Schritt in einer bivariaten Querschnittsanalyse – basierend auf der Mittelwertbildung – auf die Stärke ihres Zusammenhangs mit der zu erklärenden Größe untersucht. Die Variablen, die dabei pro Theorieschule das höchste Signifikanzniveau aufweisen, werden in die multivariate Regression einbezogen, die übrigen Variablen werden ausgemustert²⁶. Dadurch werden die Befunde durch das statistische Verfahren einer linearen (OLS-) Regression der Mittelwerte der Perioden 80-84, 85-89, 90-94, 95-99 und 00-05 abgesichert.

In Tabelle 3 wird eine zusammenfassende Übersicht der aus den einzelnen Theorien abgeleiteten Variablen und Hypothesen, sowie der Operationalisierungen der Konstrukte und der Datenbasis gegeben.

²⁶ Dieses Vorgehen lässt sich streng genommen theoretisch schwer begründen, stellt aber einen gangbaren – und in Untersuchungen dieser Art oft gegangenen – Weg zur Vermeidung des Problems zu vieler unabhängiger Variablen bei zu geringer Fallzahl dar.

Tabelle 3: Übersicht der Variablen, Hypothesen, Operationalisierungen und erwarteten Zusammenhänge

Variable	Hypothese (ceteris paribus)	Operationalisierung / Quelle	Erwarteter Zusammenhang
Variablen der politisch-institutionellen Bedingungen			
Wohlfahrtsstaatliche Ausprägung eines Landes	Je höher die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung eines Landes, desto mehr ODA/BNE zahlt es	Arbeitslosenunterstützung (social wage) ²⁷ Quelle: OECD Social and Welfare Statistics, www.oecd.org/els/social/workincentives . Zugang August 2007	positiv
		Gesamte öffentliche Sozialausgaben /BNE Quelle: OECD Social and Welfare Statistics, www.oecd.org/statistics/social . Zugang August 2007	positiv
Variablen der Parteiendifferenzhypothese			
Stärke linker Regierungsparteien	Je höher der Anteil linker Regierungsparteien eines Landes, desto mehr ODA/BNE zahlt es	Anteil der Regierungssitze von kommunistischen/sozialistischen ²⁸ , sozialdemokratischen und grünen Parteien an den gesamten Regierungssitzen; Periodendurchschnitt; Zeitpunkt t Quelle: Schmidt (1996, 2007), eigene Berechnungen	positiv
		Anteil der Regierungssitze von kommunistischen/sozialistischen, sozialdemokratischen und grünen Parteien an den gesamten Regierungssitzen; Periodendurchschnitt; Zeitpunkt t-1 Quelle: Schmidt (1996, 2007), eigene Berechnungen	
		Seit 1945 bis zum Ende der jeweiligen Periode kumulierter Anteil der Regierungssitze von kommunistischen/sozialistischen, sozialdemokratischen und grünen Parteien an den gesamten Regierungssitzen; Quelle: Huber et al. (1993, 2004), Schmidt (1996, 2007), eigene Berechnungen ²⁹	

²⁷ Durchschnitt der Bruttoarbeitslosenunterstützungszahlung (benefit replacement rate) für zwei Einkommensniveaus (Median-Einkommen und das 67. Perzentil der Einkommensverteilung), drei Familiensituationen und drei Längen von Arbeitslosigkeit. Die Daten werden von der OECD in Zweijahresabständen erhoben. Daten für 2005 waren noch nicht verfügbar.

²⁸ Deren Einbeziehung wird damit begründet, dass sie in Zeiten, in denen der Kapitalismus dominiert vermutlich mehrheitlich Entwicklungshilfe gegenüber keiner Hilfe vorziehen, wie im Beispiel bei der kommunistischen Partei in den Niederlanden (Cooper und Verloren van Themaat 1989: 143) und in Schweden (Kärre und Svensson 1989: 263).

²⁹ Die Daten wurden auf der Grundlage der Werte von Schmidt (2007) nach dem von Huber et al. (1993: 725) vorgeschlagenen Verfahren berechnet.

Stärke der christlichen Mitte	Parteien	Je höher der Anteil der Regierungsparteien christlicher Mitte eines Landes, desto mehr ODA/BNE zahlt es	Anteil der Regierungssitze von Parteien der christlichen Mitte an den gesamten Regierungssitzen; Periodendurchschnitt; Zeitpunkt t Quelle: Schmidt (1996, 2007), eigene Berechnungen	positiv
			Anteil der Regierungssitze von Parteien der christlichen Mitte an den gesamten Regierungssitzen; Periodendurchschnitt; Zeitpunkt t-1 Quelle: Schmidt (1996, 2007), eigene Berechnungen	
			Seit 1945 bis zum Ende der jew. Periode kumulierter Anteil der Regierungssitze von Parteien der christlichen Mitte an den gesamten Regierungssitzen; Quelle: Huber et al. (1993, 2004), Schmidt (1996, 2007), eigene Berechnungen	
Variablen der sozioökonomischen Determination				
Ökonomischer Kontext / Finanzielle Kapazitäten		Je höher die finanziellen Kapazitäten eines Landes, desto höhere ODA/BNE leistet es	BIP pro Kopf Quelle: International Monetary Fund (IMF) ³⁰	positiv
			Ausgeglichenheit des Haushalts Quelle: International Monetary Fund (IMF) ³¹	positiv
Kontrollierende Variablen				
Leistungsbilanz			Normalisierte Handelsbilanz ³² Quelle: OECD Main Economic Indicators (MEI) Dataset	negativ
Größe des Landes			Bevölkerungszahl Quelle: OECD ALFS Summary tables; Demography & Population ³³	negativ
EU-Mitgliedschaft			Dummy-Variable: EU-Land = 1, Rest = 0	positiv
Höhe der Militärausgaben			Militärausgaben / BIP Quelle: SIPRI Military Expenditure Database ³⁴	a priori unklar
Institutionelle Beschränkungen			Index "Constitutional Structure" von Huber et al. 1993 ³⁵	negativ
Abhängige Variable				
Staatliche Entwicklungshilfeausgaben		Netto Official Development Aid (ODA) / Bruttonationaleinkommen (BNE) Quelle: OECD DAC Aid Statistics: www.oecd.org/dac/stats . Datenzugang August 2007		

³⁰ US-Dollar jeweilige Preise, World Economic Outlook Database: www.imf.org/external/data.htm. Zugang August 2007.

³¹ General Government Balance in Prozent des BIP, World Economic Outlook Database: www.imf.org/external/data.htm. Zugang August 2007.

³² = Handelsbilanz geteilt durch die Summe von Exporten und Importen. US-Dollar jeweilige Preise und jeweilige Wechselkurse. www.oecd.org.

³³ www.oecd.org. Zugang August 2007.

³⁴ http://first.sipri.org/non_first/milex.php. Zugang August 2007.

³⁵ Additiver Index aus a) Föderalismus (0 = kein, 1 = schwach, 2 = stark), b) Parlamentarisches Regierungssystem (= 0), Präsidentielles System (= 1), c) Verhältniswahl/Einerwahlkreis (= 0), modifizierte Verhältniswahl (= 1), Mehrheitswahlsystem mit Einerwahlkreis (= 2), d) Bikameralismus (1 = schwach, 2 = stark) und e) Referendum (0 = keine oder selten, 1 = häufig) Huber et al. (1993: 727f.), Erweiterung und Modifizierung durch Schmidt (1996: 172).

5. Analyseresultate

Die Ergebnisse der bivariaten Analyse werden in Tabelle 4 zusammengefasst.

Zunächst lässt sich feststellen, dass vier der acht Variablen über alle fünf Perioden einen relativ konsistenten, statistisch positiven und signifikanten Einfluss auf die Höhe der geleisteten staatlichen Entwicklungshilfe ausüben. Von jeder der zur Erklärung herangezogenen Schule ist damit mindestens eine der Variablen statistisch positiv und signifikant. Von den beiden politisch-institutionalistischen Bedingungen, die beide Indikatoren wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung darstellen, weist die Variable "Arbeitslosenunterstützung" in vier Perioden höhere Werte auf als die Variable "gesamte öffentliche Sozialausgaben als Anteil am GDP" auf³⁶. Bei den Bedingungen der Parteiendifferenzhypothese weist die kumulierte Stärke linker Regierungsparteien die mit Abstand eindeutigsten Ergebnisse auf. Die alternativen Messungen linker Stärke weisen keine deutlichen, aber bis auf einen Fall immer positive Zusammenhänge auf. Der Einfluss von Regierungsparteien der christlichen Mitte ist nicht nur schwach, sondern auch teilweise negativ. Sie stellen sich nicht als besonders spendabel bezüglich staatlicher Entwicklungshilfe heraus.

Bei den sozioökonomischen Bedingungen weist das BIP pro Kopf konsistentere Werte auf als die Ausgeglichenheit des Haushalts.

Insgesamt lassen sich auf dieser Basis vorerst die drei Vermutungen bestätigen:

Das EH-Ausgabenniveau ist tendenziell höher:

- je wohlfahrtsstaatlich ausgeprägter ein Land ist
- je stärker linke Regierungsparteien sind und
- je leistungsfähiger die Wirtschaft ist

Bei diesen drei Größen ist eine erstaunlich hohe Konsistenz über alle Perioden hinweg beobachtbar, besonders bei der Stärke linker Regierungsparteien.

Keine der kontrollierenden Variablen weist konsistente Zusammenhangswerte auf. Drei der fünf Kontrollvariablen weisen jedoch ein interessantes Muster der kontinuierlichen Steigerung ihres Einflusses auf. Die Leistungsbilanz hat gegen die Erwartung ein positives Vorzeichen und bivariat einen relativ hohen statistischen Einfluss. Der Grund dafür liegt wahrscheinlich darin, dass das BIP pro Kopf positiv mit der Leistungsbilanz zusammenhängt. Die institutionellen Beschränkungen sowie

³⁶ Gegen die Verwendung der Variable "gesamte öffentliche Sozialausgaben als Anteil am BNE" spricht außerdem, dass bis 1989 für Österreich und bis 1987 für Norwegen teilweise keine Daten vorhanden sind.

die Größe des Landes haben das erwartete Vorzeichen, sind aber nur in zwei Perioden statistisch signifikant.

Tabelle 4: Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe 1980-2005, bivariate Zusammenhänge

unabhängige Variablen (Mittelwerte für jedes Land pro Periode)	ODA/BNE Ø 1980-1984	ODA/BNE Ø 1985-1989	ODA/BNE Ø 1990-1994	ODA/ BNE Ø 1995-1999	ODA/BNE Ø 2000-2005
politisch-institutionelle Determinanten					
Arbeitslosenunterstützung	.63***	.57***	.60***	.70***	.56***
Gesamte öffentliche Sozialausgaben/GDP	.59***	.54**	.62***	.52**	.47**
Determinanten der Parteiendifferenzhypothese					
Stärke linker Regierungsparteien t	.10	.05	.28	.44**	.11
Stärke linker Regierungsparteien t-1	.23	-.01	.24	.49**	.15
kumulierte Stärke linker Regierungsparteien	.62***	.62***	.61***	.63***	.66***
Stärke christliche-Mitte- Regierungsparteien t-1 ³⁷	.10	.08	-.05	-.11	.14
sozioökonomische Determinanten					
BIP pro Kopf	.56**	.47**	.39*	.44**	.50**
Ausgeglichenheit des Haushalts	.24	.47**	.23	.53**	.56***
Kontrollvariablen					
Leistungsbilanz	.56**	.21	.45**	.44**	.56***
institutionelle Beschränkungen	-.18	-.26	-.33	-.38*	-.42*
EU-Dummy	.17	.26	.31	.32	.40*
Militärausgaben (logarithmiert)19	.26	-.01	-.06
Größe des Landes (logarithmiert)	-.25	-.31	-.34	-.41*	-.46**

Anmerkungen: Angeführt sind jeweils die Korrelationskoeffizienten nach Pearson

* = signifikant auf dem 0.1-Niveau, ** = signifikant auf dem 0.05-Niveau,

*** = signifikant auf dem 0.01-Niveau, fettgedruckt sind die statistisch signifikanten Zusammenhänge, die sich mindestens auf dem 10-Prozent-Niveau bewegen; zusätzlich unterlegt sind die Variablen je Schule mit den durchschnittlich stärksten Zusammenhängen.

³⁷ Die Korrelationen wurden auch für den Anteil der Regierungsparteien der christlichen Mitte zum Zeitpunkt t sowie kumuliert gerechnet. Es ergaben sich keine nennenswerten Unterschiede in der Stärke des Zusammenhangs.

Der Einfluss der Militärausgaben erweist sich nie als signifikant und weist erst positive und dann negative Vorzeichen auf³⁸. Der Einfluss der EU weist zwar das erwartete Vorzeichen auf, ist aber nur in der letzten Periode statistisch signifikant.

Im nächsten Schritt sollen in Modell 1 die unabhängigen Variablen, die pro Schule das höchste Signifikanzniveau aufweisen in die multivariate Untersuchung aufgenommen werden. Die Resultate dieser multivariaten linearen Regression werden in Tabelle 5 dargestellt.

Die Ergebnisse sprechen für die Vermutungen. Die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung, die kumulierte Stärke linker Regierungsparteien und das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bestätigen auch in der multivariaten Analyse, und somit unter Kontrolle der übrigen Faktoren, ihren bedeutenden Einfluss. Über alle fünf Perioden hinweg weisen sie einen statistisch positiven signifikanten Zusammenhang auf; bis auf die Linksstärke in der ersten Periode, welche aber nur denkbar knapp (mit $P > |t| = 0.111$) am 0.1-Niveau scheitert. Das Modell mit seiner sparsamen Schätzgleichung vermag über die Zeit hinweg zwischen 57 Prozent und 66 Prozent der Varianz des Niveaus der staatlichen Entwicklungshilfe zu erklären. Die standardisierten Regressionskoeffizienten zeigen, dass der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung eines Geberlandes die stärkste Erklärungskraft beigemessen werden kann. Vom Bruttoinlandsprodukt pro Kopf scheint im Schnitt ein etwas größerer Einfluss auf die staatliche Entwicklungshilfe auszugehen als von der kumulierten Stärke Linker Regierungsparteien. Diese gewinnt jedoch über die Zeit hinweg kontinuierlich an Bedeutung und übertrifft in der letzten Periode das BIP pro Kopf.

Die aus der politisch-institutionellen Schule, der Lehre von der Parteiendifferenz und der sozioökonomischen Schule abgeleiteten Hypothesen werden bestätigt. Ein guter Teil der Unterschiede in den Niveaus staatlicher Entwicklungshilfe konnte zumindest erhellt, wenn nicht sogar erklärt werden.

Die Korrelationsmatrizes (siehe Anhang S. 67) zeigen, dass der Zusammenhang zwischen der kumulierten Linksstärke und der Arbeitslosenunterstützung – entgegen der ersten Vermutung – nicht zu groß ist, um die Voraussetzung der Abwesenheit von Multikollinearität zu verletzen. Dies verwundert jedoch nicht, wenn man die oben bereits beschriebene Uneindeutigkeit in der Literatur über die Beziehung zwischen Parteienstärke der Regierung und wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung betrachtet.

³⁸ Die Vermutung, dass das auffällige Umschwenken ins Negative ab 95-99 mit dem Ende des Kalten Krieges zusammenhängen könnte, wird multivariat (durch Hinzunehmen in Modell 1) nicht bekräftigt.

Außerdem werden in der Literatur noch weitere wichtige Determinanten wie Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit oder soziodemographische Faktoren genannt. Drittens gibt es auch Wohlfahrtsstaaten konservativen Typs.

Tabelle 5:

Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe von 21 (bzw. 20 bis 1994) OECD Ländern 1980-2005, multivariate Regressionen. Modell 1

Variable	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1995-1999	2000-2005
wohlfahrtsstaatliche Ausprägung (Arbeitslosenunterstützung)	.48 (3.15)***	.49 (3.01)***	.50 (3.01)***	.52 (3.67)***	.41 (3.04)***
Kumulierte Stärke linker Regierungsparteien	.27 (1.69)	.31 (1.84)*	.34 (1.97)*	.34 (2.34)**	.47 (3.44)***
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	.41 (2.73)**	.40 (2.58)**	.34 (2.15)**	.28 (2.07)*	.34 (2.57)**
Konstante	. (-1.78)*	. (-1.79)*	. (-1.79)*	. (-2.19)**	. (-2.24)**
Cook-Weisberg-Test (Prob > chi ²)	.21	.68	.21	.26	.27
VIF-Mittelwert	1.26	1.24	1.20	1.17	1.08
F-Test	12.28***	10.29***	9.35***	13.6***	14.08***
Adj. R ²	.64	.59	.57	.65	.66
Zahl der Beobachtungen	20	20	20	21	21

Anmerkungen: Abgebildet sind die standardisierten Regressionskoeffizienten und die absoluten t-Werte in Klammern; * = signifikant auf dem 0.10-Niveau, ** = signifikant auf dem 0.05-Niveau, *** = signifikant auf dem 0.01-Niveau. Die Maßzahlen des Cook-Weisberg-Tests legen die Abwesenheit von Heteroskedastizität, die VIF-Werte die Abwesenheit von Multikollinearität und die Signifikanzniveaus der F-Tests das Vorliegen eines linearen Zusammenhangs nahe.

Als Nächstes soll geprüft werden, ob – wie es bei Untersuchungen von relativ kleiner Fallzahl häufig der Fall ist – einzelne Fälle einen großen Einfluss auf die Schätzung der Parameter ausüben. Um diese Länder herauszufinden, wird der Schwellenwert von Cook's D verwendet, wonach Länder mit einem Wert über $4/n$ als Ausreißer gelten. Jede Periode wird anschließend ohne die Länder berechnet, die einen Wert über diesem Schwellenwert aufweisen, um zu untersuchen, wie stark sich das Erklärungsmuster unter Ausschluss dieser Fälle ändert. Die Ergebnisse befinden sich im Anhang.

Wichtiger jedoch ist, ob es plausible theoretische Erklärungen dafür gibt, warum diese Länder als Ausreißer in Erscheinung treten.

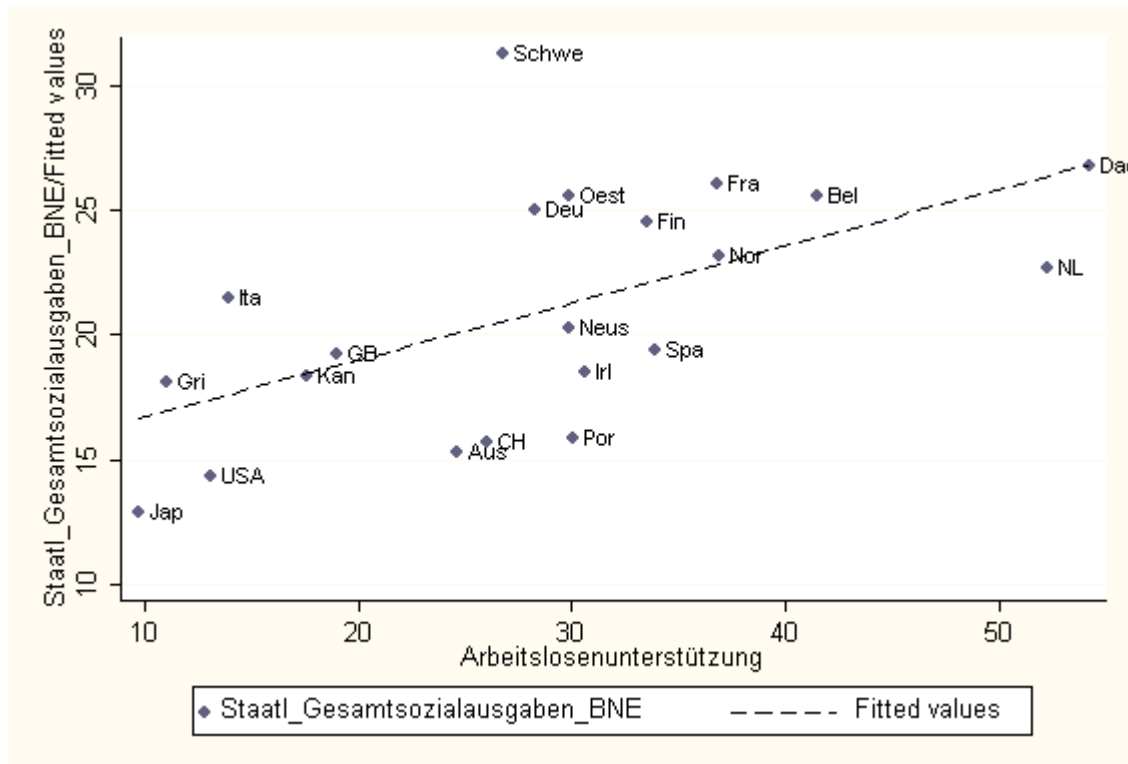
Die Niederlande und die Schweiz sind die einzigen Länder, die in vier der fünf Perioden als Ausreißer bezüglich Cook's D (4/n) in Erscheinung treten. Die Niederlande leisten für ihre geringe Stärke linker Parteien eine unerwartet hohe Entwicklungshilfe. Dies lässt sich allerdings durch politische und gesellschaftliche Konstellationen und Wertvorstellungen erklären. Nach Thérien und Noël wurde der Grundstein für die Etablierung eines großzügigen Wohlfahrtsstaates in den 1950er Jahren durch die Sozialpolitik der Allianz aus der "katholischen Volkspartei" (KVP) und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei "Partij van de Arbeid" (PvdA) gelegt. In den 1960er Jahren stand dann die Allianz aus der KVP und zwei protestantischen Parteien einer relativ schwachen Linken gegenüber. Die konfessionellen Parteien konnten durch "sozialdemokratische" Politik ihre Macht gegenüber der Linken bewahren und sorgten für eine sehr hohe wohlfahrtsstaatliche Ausprägung der Niederlande (Thérien und Noël 2000: 159). Die Feststellung Therborns bezüglich des niederländischen Wohlfahrtsstaates bringt dies auf den Punkt und gilt beinahe in gleichem Maße für die Großzügigkeit der niederländischen Entwicklungshilfe und deren Erklärung: "That the Dutch have constructed the world's most extensive welfare state is not that well known and fits rather uneasily into current explanatory frameworks" (Therborn 1989: 192). Bei den Indikatoren wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung "Welfare Effort" von Hicks und Misra (1993) befinden sich die Niederlande an zweithöchster Stelle (Hicks 1999: 10) und beim "Dekommodifizierungsgrad" von Esping-Andersen immerhin noch an vierthöchster Stelle (Esping-Andersen 1990: 50). Die großzügige Entwicklungshilfe der Niederlande lassen sich daher trotz einer schwachen Linken über die den Regierungen innewohnende Wertvorstellung angestrebter Wohlfahrtsverteilung erklären. Außerdem wurde seit den 1970er Jahren das Ziel des 0,7 Prozentanteils am BNE von einem breiten Konsens von Parteien der Gesellschaft und der Presse getragen und Entwicklungspolitik als ein zentraler Bereich niederländischer Außenpolitik bestimmt (Nohlen 2000: 236). Die niederländische EH-Politik wird zumindest bis in die Mitte der 1980er beinahe einstimmig von fast allen Parteien, auch zum Beispiel der Kommunistischen Partei (CPN), unterstützt (Cooper und Verloren van Themaat 1989: 143). Der Haushalt des Entwicklungshilfeministeriums wird an die Entwicklung des Nationaleinkommens gebunden, gesondert vom

sonstigen Budget aufgestellt und darf keinen Kürzungen unterliegen (Nohlen 2000: 220).

Die Schweiz liegt angesichts ihrer hohen Wirtschaftskraft hinter den Erwartungen beim EH-Niveau zurück. Bezüglich der kumulierten Stärke linker Regierungsparteien und der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung liegt die Schweiz im unteren bis mittleren Bereich (siehe Schaubild 2 S. 38 und Schaubild 4 S. 60) und kann als Wohlfahrtsstaat-Nachzügler beschrieben werden (Wilensky 2002: 213). Daher liegt die Annahme nahe, dass die Wirtschaftskraft als erklärende Variable nur oder hauptsächlich zum Tragen kommt, wenn auch von Seiten der Stärke der Linken und/oder Ausprägung wohlfahrtsstaatlicher Wertvorstellungen eine relativ hohe Entwicklungshilfe erwartet werden kann. Mit anderen Worten: ein Land oder eine Regierung, deren Überzeugung es ist, dass eine hohe wohlfahrtsstaatliche Ausprägung nicht der erstrebenswerte Weg ist, lässt sich auch (oder gerade?) nicht durch wirtschaftliche Prosperität dazu hinreißen, entgegen dieser Überzeugung zu handeln.

Schweden liegt in drei der fünf Perioden über Cook's D. Es leistet mehr Entwicklungshilfe, als aufgrund seiner geringen Arbeitslosenunterstützung erwartet würde. Betrachtet man das Schaubild 4 (S. 60), so fällt auf, dass Schweden bei den gesamten Sozialausgaben jedoch sehr großzügig ist. Es liegt daher nahe, dass der Indikator "Arbeitslosenunterstützung" die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung von Schweden unterbewertet. Diese Vermutung wird gestützt durch die Betrachtung der Werte, die Schweden bei den Indikatoren wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung "Welfare Effort" von Hicks und Misra (1993) und beim "Dekommodifizierungsgrad" von Esping-Andersen aufweist, wo es sich bei beiden sogar an oberster Stelle befindet (Esping-Andersen 1990: 52; Hicks 1999: 10).

Schaubild 4: Streudiagramm der Variablen 'Gesamtstaatliche Sozialausgaben/BNE' und 'Arbeitslosenunterstützung' von 21 OECD-Ländern 1980-2005.



Verschiedene Grafiken wurden ausgewertet, um eventuelle Verstöße gegen die Gauss-Markov-Annahmen aufzudecken. Es konnten keine eklatanten Verstöße der Annahmen gefunden werden. Streng genommen ist es jedoch bei einem Forschungsdesign dieser Art sehr wahrscheinlich, dass nicht alle Anforderungen und Prämissen erfüllt sind, um unverzerrte Ergebnisse zu bekommen. So handelt es sich zum Beispiel bei den untersuchten Ländern weder um eine Zufallsstichprobe noch kann davon ausgegangen werden, dass sämtliche Variablen akkurat gemessen wurden. So weist zum Beispiel Lijphart auf Probleme hin, die sich im Zusammenhang mit dem Bruttonationalprodukt als Indikator für die Höhe wirtschaftlicher Entwicklung ergeben (Lijphart 1975: 169). Anstatt deswegen zu resignieren, soll hier aber der Versuch unternommen werden, durch verschiedene Testverfahren geprüfte Ergebnisse zu bekommen, aufgrund derer zumindest eine Annäherung der Zusammenhänge in der Realität aufgedeckt werden kann.

Eine Reihe weiterer diagnostischer Testverfahren soll daher die Modellspezifizierung untersuchen. Pro Periode wurden:

- 1) Eine robuste Regression (rreg) gerechnet. Die robuste Regression ist weniger anfällig für Einflüsse von Ausreißern, und daher beim Auftreten nicht normal verteilter Fehler effizienter als die OLS-Regression. Ihr unterliegt aber auch die Annahme, dass Fehler unabhängig und identisch verteilt sind (Hamilton 2004: 240).
- 2) Eine Regression mit robusten Huber/White-Standardfehlern (robust) gerechnet. Dadurch werden die Standardfehler so geschätzt, dass die starke Annahme unabhängig und identisch verteilter Fehler – also die Homoskedastizität der Fehler - nicht vorausgesetzt wird (Hamilton 2004: 256; Kohler und Kreuter 2006: 232).
- 3) Eine Regression mit der vom Statistikprogramm Stata vorgeschlagenen Transformation (bcskew0) der abhängigen Variablen, die zu einer annähernd symmetrischen Verteilung führt (Kohler und Kreuter 2006: 244), gerechnet.
- 4) Eine Regression ohne die nach dem Schwellenwert Cook's D $4/n$ als Ausreißer identifizierten Länder gerechnet.

Die Ergebnisse werden im Anhang in Tabelle 8 auf der Seite 68 präsentiert. Das Bild der dadurch erhaltenen Ergebnisse unterscheidet sich nur in geringem Maße von den Ergebnissen des Modell 1 und bestätigt dieses somit.

Haben die zwei alternativen Messungen der Stärke linker Regierungsparteien zwar - mit Ausnahme einer Periode - bivariat keine starken Zusammenhänge aufgewiesen, so ist es trotzdem von Interesse, welche Bedeutung sie multivariat unter Kontrolle weiterer Faktoren zeigen. Daher soll in Modell 2 auch der kurz- bis mittelfristige Effekt der Stärke linker Regierungsparteien $t-1$ zusammen mit der Arbeitslosenunterstützung und dem BIP pro Kopf auf die Höhe staatlicher Entwicklungshilfe untersucht werden.

Die Ergebnisse werden in Tabelle 6 gezeigt. Wiederum erweisen sich die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung und das BIP pro Kopf über alle Perioden hinweg als bedeutende Faktoren.

Der Einfluss der Linksstärke zum Zeitpunkt $t-1$ ³⁹ zeigt kein konsistentes Bild, gewinnt aber über die Zeit hinweg kontinuierlich an Bedeutung.

³⁹ Es wurde auch mit der Linksstärke zum Zeitpunkt t gerechnet. Dabei kommt es zu ähnlichen, wenn auch etwas geringeren Einflüssen der Linksstärke.

Mit einem noch negativen Vorzeichen in der ersten Periode wird die Linksstärke erst in den letzten beiden Perioden statistisch signifikant.

Tabelle 6: Determinanten der Höhe staatlicher Entwicklungshilfe von 21 (20 bis 1990-1994) OECD-Ländern 1980-2005, multivariate Regressionen, Modell 2: Arbeitslosenunterstützung, Linksstärke t-1 und BIP pro Kopf.

	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1995-1999	2000-2005
wohlfahrtsstaatliche Ausprägung (Arbeitslosenunterstützung)	.61 (3.86)***	.61 (3.77)***	.61 (3.49)***	.54 (3.76)***	.52 (3.47)***
Stärke linker Regierungsparteien t-1	-.08 (-0.50)	.03 (0.20)	.09 (0.54)	.31 (2.19)**	.34 (2.16)**
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	.52 (3.39)***	.51 (3.14)***	.44 (2.63)**	.38 (2.83)**	.55 (3.46)***
Konstante	. (-2.05)*	. (-1.94)*	. (-1.98)*	. (-2.71)**	. (-2.65)**
Cook-Weisberg-Test (Prob > chi ²)	.29	.72	.16	.38	.06 ⁴⁰
VIF-Mittelwert	1.11	1.02	1.06	1.11	1.07
F-Test	9.85***	7.59***	6.70***	13.04***	9.14***
Adj. R ²	.58	.51	.47	.64	.55
Zahl der Beobachtungen	20	20	20	21	21

Anmerkungen: Abgebildet sind die standardisierten Regressionskoeffizienten. Absolute t-Werte in Klammern. * = signifikant auf dem 0.10-Niveau, ** = signifikant auf dem 0.05-Niveau, *** = signifikant auf dem 0.01-Niveau; Die Maßzahlen des Cook-Weisberg-Tests legen – bis auf die Regression der letzten Periode – die Abwesenheit von Heteroskedastizität, die VIF-Werte die Abwesenheit von Multikollinearität und die Signifikanzniveaus der F-Tests das Vorliegen eines linearen Zusammenhangs nahe.

Im letzten Kapitel werden Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen gezogen.

6. Schlussfolgerungen

Durch die Ergebnisse können die drei zentralen Hypothesen bestätigt werden. Die Befunde bisheriger Untersuchungen in einem noch relativ jungen und wenig untersuchten Politikfeld konnten größtenteils gestützt und neue Erkenntnisse gewonnen werden. Zunächst lässt sich festhalten, dass Länder mit einer hohen

⁴⁰ Dieser Wert ist kritisch. Jedoch kommt die Regression mit robusten Standardfehlern zu einem sehr ähnlichen Ergebnis.

wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung, historisch starken linken Regierungsparteien und einem hohem wirtschaftlichen Wohlstand zu den größten EH-Zählern gehören. Dieses Bild zeigt sich kontinuierlich über den gesamten untersuchten Zeitraum von 25 Jahren. Die Ergebnisse der drei Perioden nach dem Ende des Kalten Kriegs zeigen, dass die Erklärung für die Höhe der Entwicklungshilfe trotz dieses tief greifenden Ereignisses konstant bleibt. Auch die von der UN proklamierten Entwicklungsdekaden mit ihren jeweiligen unterschiedlichen Instrumenten und Zielsetzungen scheinen keinen bemerkenswerten Einfluss auf das Erklärungsmuster zu nehmen.

Keine der Determinanten alleine kann eine befriedigende Erklärung der Staatstätigkeit in Form von Entwicklungshilfe geben. Das in dieser Arbeit zentrale institutionalisierte Wertesystem allein ist nicht handlungsfähig, sondern beeinflusst die Staatstätigkeit, indem es einen gewissen normativen Handlungsrahmen vorgibt. Gleichzeitig aber bedarf es Akteure, die ihrerseits Wertvorstellungen artikulieren und in dem ihnen vorgegebenen Rahmen handeln. Akteure wiederum benötigen ausreichende Ressourcen, um ihre Werte in Politik umsetzen zu können.

Vor allem der positive Effekt der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung ist statistisch signifikant und über die Zeit und Modelle hinweg konsistent mit der EH-Leistung der OECD-Länder verbunden. Durch die alternative Messung wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung können die Ergebnisse anderer Studien, welche die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung zum Beispiel mit Esping-Andersens Welfare-Index (Thérien und Noël 2000) und Einkommensgleichheit (Round und Odedokun 2003) gemessen haben, untermauert werden. Es zeigt sich, dass die Länder ihre innenpolitisch zu Grunde liegenden Wertvorstellungen bezüglich sozialer Gerechtigkeit zumindest teilweise auf ihre Außenpolitik übertragen. Die Logik liegt in den oben herausgearbeiteten Parallelen der institutionalisierten Wertvorstellungen im nationalen und globalen Kontext. Dies bedeutet auch, dass die Höhe der Entwicklungshilfe zu einem Teil durch altruistische Motive oder zumindest dem Interesse der Verbreitung der eigenen zugrunde liegenden Wertvorstellungen bestimmt wird. "Harte" rationale Interessen ökonomischer oder geostrategischer Art können wenig zur Erklärung beitragen.

Auch der Einfluss der Stärke linker Regierungsparteien konnte – nachdem qualitative Untersuchungen schon länger positive Zusammenhänge berichten – statistisch bestätigt werden. Die hohen und über die Zeit hinweg konsistenten Zusammenhangswerte lassen darauf schließen, dass die historische Stärke der

linken Parteienfamilie ab 1945, ihren Schatten auf die spätere Staatstätigkeit wirft, und somit – negativ gesprochen – eine Erblast für die Regierungen 1980 bis 2005 darstellt.

In Verbindung mit der Annahme einer relativ hohen Pfadabhängigkeit der EH-Leistung der Länder könnte dies auch die insgesamt geringe Erklärungskraft der zeitgleich bzw. ein Jahr früher gemessenen Parteienzusammensetzung der Regierungen erklären. Für eine relativ ausgeprägte Pfadabhängigkeit sprechen die beobachtbaren geringen Veränderungen der Ausgabenniveaus innerhalb der Länder. Länder, die 1980 zu den Schlusslichtern gehörten, befinden sich meist auch 2005 noch unter diesen (siehe Rangfolgenvergleich der Länder in Tabelle 2 auf S. 21). Richtungsentscheidungen scheinen – unter anderem beeinflusst durch die historische Stärke von Regierungsparteien – zu einem frühen Zeitpunkt des Pfades getroffen worden zu sein. Auch in der Entwicklung der EH-Leistungen würde sich damit eine Parallele zur Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Ausprägungen in den einzelnen OECD-Ländern zeigen. Beide Pfadausrichtungen zeigten sich häufig früh, entwickelten sich mit wenigen Ausnahmen relativ konstant und wiesen sogar zwischen den Ländern gleiche Trends in den Veränderungen der Ausgabenniveaus über die Zeit auf (vergleiche Tabelle 2 S. 20 und Wilensky 2002: Tabelle 5.1 S. 213). Allerdings müssen geringe Veränderungen des Ausgabenmusters der Länder über die Zeit nicht notwendigerweise auf das Vorliegen von Pfadabhängigkeit schließen lassen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass Regierungen die Politik von Vorgängerregierungen weiterführen möchten.

Liegt keine Pfadabhängigkeit vor, so könnte der über die Zeit kontinuierlich stärker werdende und sich in den letzten beiden Perioden als statistisch signifikant erweisende, kurz- bis mittelfristige Einfluss der Stärke linker Regierungsparteien darauf hinweisen, dass die Entwicklungshilfe nicht zu den Politikfeldern gezählt werden kann, in denen eine Annäherung der Parteien seit den 1980er Jahren beziehungsweise ein Verschwinden des Parteieneffektes in den 1990er Jahren auf Ausgabenniveaus zu verzeichnen ist. Dieser Trend wie ihn andere Studien zum Beispiel zu Bildungs- (etwa Busemeyer 2007: 602) und Sozialausgaben (etwa Kittel und Obinger 2003) teilweise nahe legen, würde daher nicht für das Politikfeld der Entwicklungshilfe gelten. Im Gegenteil dazu könnte das Thema Entwicklungshilfe seit spätestens Mitte der 90er nicht mehr als über Parteien stehend bezeichnet werden.

In jedem Falle aber sprechen die Ergebnisse gegen die teilweise vertretene Sicht, dass Staatstätigkeit nur geringfügig von Parteiendifferenzen beeinflusst wird. Auch Teile der Außenpolitik können nicht als über Parteiendifferenzen stehend betrachtet werden, wie es die traditionelle Sichtweise nahe legt (Thérien und Noël 2000: 152). Auch bezüglich des aufgezeigten Einflusses institutionalisierter Werte sprechen die Ergebnisse insgesamt für die Wichtigkeit einer stärkeren Einbeziehung inländischer Faktoren zur Erklärung von Außenpolitik. Diesen wird in bisherigen Analysen internationaler Beziehungen häufig zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt (Milner 1997; Noël und Thérien 1995: 546).

Die Wirtschaftskraft der Länder spielt eine wichtige Rolle. Ist der bivariate Zusammenhang noch nicht so stark wie bei den anderen beiden Variablen, entpuppt sich das BIP pro Kopf in der multivariaten Regression über die Perioden hinweg als wichtige Größe. Es besteht die Vermutung, dass eine hohe Wirtschaftskraft an sich wenig Einfluss auf die Höhe staatlicher Entwicklungshilfe nimmt, sondern erst im EH-freundlichen Kontext – im Sinne einer starken Linken und hohen wohlfahrtsstaatlichen Ausprägung – ihre positive Wirkung entfaltet, wofür sich die Schweiz und in etwas geringerem Maße auch Japan und die USA als Paradebeispiele zeigen. Bei Betrachtung staatlicher Entwicklungshilfe als Staatskonsum, könnte man ihr - ökonomisch ausgedrückt - den Charakter eines "Luxusguts"⁴¹ zuschreiben (vgl. Round und Odedokun 2003).

Um die Bestimmungsgründe der Varianz staatlicher EH-Niveaus noch näher zu beleuchten bedarf es weiterer Untersuchungen. Wie bereits teilweise angesprochen, könnte ein vergleichendes qualitatives Vorgehen, durch die Untersuchung weiterer potentieller Determinanten, die – zumindest im Moment noch – einer quantitativen Vorgehensweise nicht zugänglich sind, dabei behilflich sein. In die Tiefe gehende Untersuchungen der Wirkung weiterer Variablen, haben vermutlich noch Aufklärungspotential. So zeigte das Beispiel der Niederlande, dass der Umgang mit dem Entwicklungshilfehaushalt die Höhe des Ausgabenniveaus stark beeinflussen kann.

Sollten die Bemühungen vor allem der Vereinten Nationen und der EU einer allmählichen Annäherung oder sogar des Erreichens des 0,7-Prozentziels bis 2015 erfolgreich sein, so müsste es folglich in den nächsten Jahren zu einer Abnahme der Erklärungskraft des hier vorgestellten Modells kommen. Dafür würde sprechen, dass

⁴¹ Luxusgüter weisen gewöhnlich eine elastische Nachfrage auf. Wenn ihr Preis steigt, verringert sich daher höchstwahrscheinlich ihre Nachfrage (Mankiw 1999: 100).

sich vermutlich kein Land und keine Regierung vorwerfen lassen möchte, mit dafür verantwortlich zu sein, dass dieses Ziel, welches auf einem langwierig ausgehandelten Konsens basiert und in das von einem großen Teil der Welt viel Hoffnung gesteckt wird, nicht erreicht wird. Eine Verweigerung der Erhöhung der Entwicklungshilfe um durchschnittlich 0.25 Prozent⁴² des BNE würde sich auch im Lichte der durchschnittlich 10fachen Militärausgaben nur schwer rechtfertigen lassen. Andererseits müsste es, um das Ziel realistischerweise zu erreichen, schon sehr bald zu bemerkenswerten Steigerungen der EH-Niveaus kommen, um die Belastung der Staatshaushalte durch die Steigerungsraten auf die nächsten zehn Jahre gleichmäßig zu verteilen. Man darf gespannt sein.

⁴² Dieser Prozentbetrag fehlt von dem im Jahr 2005 erreichten durchschnittlichen EH-Niveau der untersuchten 21 OECD-Länder bis zum erklärten Ziel von 0,7 Prozent des BNE.

7. Anhang

A. Korrelationsmatrizes

Tabelle 7: Korrelationsmatrizes der in Modell 1 aufgenommenen Variablen je Periode. Die Korrelationen zwischen der kumulierten Stärke linker Regierungsparteien und der Arbeitslosenunterstützung (ALU) sind fett gedruckt:

1980-1984

	ODA/BNE	ALU	Linke kumuliert	BIP pro Kopf
ODA/BNE	1			
ALU	0.6289	1		
Linke kumuliert	0.6248	0.4127	1	
BIP pro Kopf	0.5556	0.0959	0.3770	1

1985-1989

	ODA/BNE	ALU	Linke kumuliert	BIP pro Kopf
ODA/BNE	1			
ALU	0.5744	1		
Linke kumuliert	0.6168	0.3776	1	
BIP pro Kopf	0.4651	-0.0696	0.3032	1

1990-1994

	ODA/BNE	ALU	Linke kumuliert	BIP pro Kopf
ODA/BNE	1			
ALU	0.5996	1		
Linke kumuliert	0.6098	0.3764	1	
BIP pro Kopf	0.3888	-0.0754	0.2525	1

1995-1999

	ODA/BNE	ALU	Linke kumuliert	BIP pro Kopf
ODA/BNE	1			
ALU	0.6962	1		
Linke kumuliert	0.6253	0.3919	1	
BIP pro Kopf	0.4439	0.1303	0.2682	1

2000-2005

	ODA/BNE	ALU	Linke kumuliert	BIP pro Kopf
ODA/BNE	1			
ALU	0.5623	1		
Linke kumuliert	0.6575	0.2502	1	
BIP pro Kopf	0.4987	0.1028	0.2366	1

B. Testmodelle

Tabelle 8:

Vergleiche von: Modell 1, robuste Regression (rreg), Regression mit robusten (Huber/White) Standardfehlern (robust), Regression mit Stata-Transformation (bcskew0) und Regression ohne die Länder, deren Werte über Cook's D (4/n) liegen⁴³ (ohne Ausreißer).

80-84

Variable	Modell 1	rreg	robust	bcskew0	ohne Ausreißer
Wohlfahrtsstaatliche Ausprägung (Arbeitslosenunterstützung)	.48 (3.15)***	.31 (1.94)*	.48 (2.36)**	.48 (3.6)***	.32 (2.10)*
Kumulierte Stärke Linker Regierungsparteien	.27 (1.69)	.40 (2.37)**	.27 (1.47)	.22 (1.54)	.35 (2.22)**
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	.41 (2.73)**	.41 (2.61)**	.41 (2.87)**	.51 (3.92)***	.52 (3.76)***
Konstante	. (-1.78)*	. (-1.33)	. (-1.99)*	. (-9.97)***	. (-1.87)*
Cook-Weisberg-Test (Prob > chi ²)	.2170	.24
F-Test	12.28***	10.82***	13.27***	17.37***	15.22***
Adj. R ²	.64	..	R ² .70	.72	.73
Zahl der Beobachtungen	20	20	20	20	17

85-89

Variable	Modell 1	rreg	robust	bcskew0	ohne Ausreißer
Wohlfahrtsstaatliche Ausprägung (Arbeitslosenunterstützung)	.49 (3.01)***	.44 (2.56)**	.49 (2.17)**	.39 (2.25)**	.39 (2.53)**
Kumulierte Stärke linker Regierungsparteien	.31 (1.84)*	.32 (1.76)*	.31 (1.57)	.27 (1.52)	.32 (1.95)*
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	.40 (2.58)**	.39 (2.33)**	.40 (2.45)**	.50 (2.97)***	.57 (4.00)***
Konstante	. (-1.79)*	. (-1.62)	. (-1.56)	. (-6.65)***	. (-2.68)**
Cook-Weisberg-Test (Prob > chi ²)	37	.59
F-Test	10.29***	8.26***	9.69***	8.33***	17.32***
Adj. R ²	.59	..	R ² .66	.54	.75
Zahl der Beobachtungen	20	20	20	20	17

⁴³ Über dem Grenzwert Cook's D 4/n liegen: 80-84: Norwegen, Schweiz, Niederlande; 85-89: Italien, Schweiz, Niederlande; 90-94: Österreich, Schweden, Schweiz; 95-99: Schweden, Schweiz, Niederlande; 00-05: Schweden, Niederlande.

90-94

Variable	Modell 1	rreg	robust	bcskew0	ohne Ausreißer
Wohlfahrtsstaatliche Ausprägung (Arbeitslosenunterstützung)	.50 (3.01)***	.44 (2.76)**	.50 (3.51)***	.51 (2.57)**	.55 (3.93)***
Kumulierte Stärke linker Regierungsparteien	.34 (1.97)*	.41 (2.48)**	.34 (1.53)	.16 (0.78)	.30 (2.04)*
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	.34 (2.15)**	.34 (2.19)**	.34 (2.45)**	.34 (1.80)*	.46 (3.63)***
Konstante	. (-1.79)*	. (-1.79)*	. (-2.16)**	. (-5.06)***	. (-2.97)**
Cook-Weisberg-Test (Prob > chi ²)	.2191	.86
F-Test	9.35***	10.37***	11.61***	4.76**	18.37***
Adj. R ²	.57	..	R ² .64	.37	.77
Zahl der Beobachtungen	20	20	20	20	17

95-99

Variable	Modell 1	rreg	robust	bcskew0	ohne Ausreißer
Wohlfahrtsstaatliche Ausprägung (Arbeitslosenunterstützung)	.52 (3.67)***	.47 (3.14)***	.52 (3.41)***	.53 (3.44)***	.58 (3.54)***
Kumulierte Stärke linker Regierungsparteien	.34 (2.34)**	.38 (2.43)**	.34 (1.84)*	.33 (2.09)*	.19 (1.12)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	.28 (2.07)*	.28 (1.95)*	.28 (2.58)**	.24 (1.64)	.40 (2.84)**
Konstante	. (-2.19)**	. (-2.09)*	. (-2.46)**	. (-7.81)***	. (-2.68)**
Cook-Weisberg-Test (Prob > chi ²)	.2619	.33
F-Test	13.6***	11.74***	12.72***	11.01***	14.42***
Adj. R ²	.65	..	R ² .71	.60	.70
Zahl der Beobachtungen	21	21	21	21	18

00-05

Variable	Modell 1	rreg	robust	bcskew0	ohne Ausreißer
Wohlfahrtsstaatliche Ausprägung (Arbeitslosenunterstützung)	.41 (3.04)***	.27 (1.78)*	.41 (2.48)**	.48 (3.52)***	.37 (2.50)**
Kumulierte Stärke linker Regierungsparteien	.47 (3.44)***	.54 (3.53)***	.47 (2.97)***	.44 (3.13)***	.41 (2.73)**
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	.34 (2.57)**	.33 (2.20)**	.34 (3.66)***	.29 (2.09)*	.42 (3.11)***
Konstante	. (-2.24)**	. (-1.59)	. (-2.58)**	. (-8.24)***	. (-2.26)**
Cook-Weisberg-Test (Prob > chi ²)	.2720	.09
F-Test	14.08***	10.26***	15.01***	13.30***	14.10***
Adj. R ²	.66	..	R ² .71	.65	.69
Zahl der Beobachtungen	21	21	21	21	19

C. Verwendete Daten

Tabelle 9: Verwendete Daten der Variablen Arbeitslosenunterstützung und Stärke linker Regierungsparteien kumuliert

	Arbeitslosenunterstützung					Stärke linker Regierungsparteien kumuliert				
	80-84	85-89	90-94	95-99	00-05	80-84	85-89	90-94	95-99	00-05
Australien	22,0	24,67	26,5	26,33	23,5	8,42	12,71	17,71	20,86	20,90
Österreich	27,0	28,67	29	32,67	32	20,28	24,07	26,54	29,00	29,97
Belgien	44,5	42,67	41	39,33	40	10,99	11,30	13,37	16,03	18,96
Kanada	18,5	19,00	19	16,33	15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Dänemark	55,0	51,33	51,5	62,67	50,5	23,74	24,21	24,58	27,77	30,76
Finnland	24,5	34,67	38,5	34,67	35,5	14,77	17,10	18,57	20,10	22,98
Frankreich	31,0	36,33	38	37,00	41,5	5,09	8,17	10,37	11,71	15,14
Deutschland	29,0	28,00	28,5	26,33	29,5	10,62	11,01	11,01	11,26	15,45
Griechenland	6,0	7,33	13	16,00	13	1,36	6,11	8,10	12,03	17,11
Irland	30,0	28,33	30	28,00	37	3,23	4,06	4,36	5,89	6,08
Italien	1,0	1,00	10	23,67	34	6,28	7,87	9,62	10,97	12,57
Japan	9,0	10,00	10	11,00	8,5	0,72	0,72	0,84	1,64	1,69
Niederlande	47,5	55,67	53	52,00	53	7,56	7,67	9,22	11,26	12,90
Neuseeland	30,0	32,00	30	29,33	28	11,04	14,39	17,23	17,24	20,79
Norwegen	29,0	39,00	39	39,67	38	29,84	31,68	35,60	39,87	41,86
Portugal	8,0	28,33	34,5	38,33	41	1,90	2,94	2,94	4,52	7,98
Spanien	28,0	34,00	33	38,67	36	0,65	5,08	9,81	12,25	12,69
Schweden	26,5	29,00	28,5	26,00	24	29,34	33,83	37,48	40,82	46,32
Schweiz	13,0	22,00	26	33,67	35,5	7,85	9,28	10,71	12,14	13,71
Großbritannien	23,0	19,33	18,5	17,67	16,5	17,24	17,24	17,24	18,24	23,41
USA	14,5	12,33	11,5	13,33	14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Tabelle 10: Verwendete Daten der Variable BIP pro Kopf

	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, jeweilige Preise in US-Dollar				
	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1995-1999	2000-2005
Australien	11538,522	13432,2186	17819,7574	20716,4104	24695,70667
Österreich	9421,891	14302,4694	23183,7454	27491,6708	29932,27733
Belgien	9648,863	13265,3798	21446,5144	25379,937	28339,3665
Kanada	12430,627	16586,9928	20424,7398	20912,547	27192,57633
Dänemark	11613,115	18270,1728	27331,5204	33296,1902	37545,937
Finnland	10628,830	17657,8164	22264,4308	25070,684	29711,5645
Frankreich	10478,575	14472,0848	21871,2102	24791,8402	27329,59383
Deutschland	10824,041	16722,3584	24332,1624	27378,9528	27730,16767
Griechenland	4612,704	5576,3630	9131,3652	11489,9936	14823,542
Irland	5998,930	8947,3520	14312,8574	21886,3304	36060,084
Italien	7493,488	12393,1814	19418,8684	20471,2676	24187,92133
Japan	9780,068	19243,9656	31368,9824	36104,9584	34885,52667
Niederlande	10427,185	13952,1516	21209,3248	25647,932	29841,5605
Neuseeland	6966,387	10410,2308	12801,2714	16397,642	18559,47083
Norwegen	15016,004	20470,5566	28156,1866	35057,5782	46960,935
Portugal	2773,612	4166,8358	8676,809	11120,6754	13683,47417
Spanien	4902,977	7587,4714	13677,9648	14959,7542	19438,3745
Schweden	13218,820	19032,8250	26938,0092	28621,9558	32230,42517
Schweiz	15958,377	24161,7584	35933,4148	39850,164	42334,75167
Großbritannien	8617,766	11908,5646	17779802	22457,611	29827,73483
USA	14325,378	19757,4294	24800,1762	30416,817	37725,4525

8. Literaturverzeichnis

- Adelman, I. (2001). *Fallacies in development theory and their implications for policy*. In: Meier, G., & Stiglitz, J. (2001). *Frontiers of development economics the future in perspective*. Washington, D.C.; Oxford; New York: World Bank; Oxford University Press.
- Akman, B. (2006) From welfare state to welfare world?: Democracies and foreign aid. *Paper presented at the annual meeting of the International Studies Association, Town & Country Resort and Convention Center, San Diego, California, USA*: http://www.allacademic.com/meta/p97901_index.html.
- Alesina, A. und Dollar, D. (2000). Who gives Foreign Aid to whom and why? *Journal of Economic Growth*, 5, 33-63.
- Bourguignon, F., & Sundberg, M. (2007). Aid can work. Aid effectiveness is getting better, even though it's tough to prove. *Finance and Development. A quarterly magazine of the IMF*. March 2007, Volume 44, Number 1. Internetressource: www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2007/03/index.htm.
- Budge, I. Klingemann, H.-D., Volkens, A., Bara, J., Tannenbaum, E., et al. (2001). *Mapping policy preferences: Estimates for parties, electors, and governments, 1945-1998*. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Budge, I., & Robertson, D. (1987). *Do parties differ and how? Comparative discriminant and factor analyses*. In: Budge, I., Robertson, D., & Hearl, D. (1987). *Ideology, strategy, and party change spatial analyses of post-war election programmes in 19 democracies*. Cambridge [Cambridgeshire]; New York: Cambridge University Press.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), (2004). *Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2004/2005*
- Burnside, C., Dollar, D. (2000). Aid, policies, and growth. *American Economic Review*. September, 90(4), 847-68.
- Cassen, R. (1986). *Does aid work? report to an intergovernmental task force*. Oxford; New York: Clarendon Press; Oxford University Press.
- Castles, F. G. (2001). On the political economy of recent public sector development. *Journal of European Social Policy*, 11(3), 195-211.

- Castles, F. G. (2004). *The future of the welfare state crisis myths and crisis realities*. Oxford: Oxford University Press.
- Cooper, C., Verloren van Themaat, J. (1989). *Dutch Aid Determinants*. In: Stokke, O., (Hg.). *Western middle powers and global poverty. The determinants of the aid policies of Canada, Denmark, the Netherlands, Norway, and Sweden*. Uppsala; Stockholm, Sweden: The Scandinavian Institute of African Studies, in cooperation with the Norwegian Institute of International Affairs; Distributed by Almqvist & Wiksell International.
- Cox, R. H. (1993). *The development of the Dutch Welfare State: From workers' insurance to universal entitlement*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Downs, A. (1957). *An economic theory of democracy*. New York: Harper.
- Easterly, W. (2003). Can foreign aid buy growth? *The Journal of Economic Perspectives*, 17(3), 23-48.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, G. (1999). *Social foundations of postindustrial economies*. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Firebaugh, G. (1999). Empirics of world income inequality. *American Journal of Sociology.*, 104(6), 1597-1630.
- Gabel, M. J., & Huber, J. D. (2000). Putting parties in their place: Inferring party left-right ideological positions from party manifestos data. *American Journal of Political Science*, 44(1), 94-103.
- Gibson, C. C., Andersson, K., Ostrom, E., & Shivakumar, S. (2005). *The samaritan's dilemma: The political economy of development aid*. Oxford: Oxford University Press.
- Girvetz, H. K. (1968). *Welfare State*. In: Sills, D., & Merton, R. (1968). *International encyclopedia of the social sciences* 16, 512-521. New York: Macmillan.
- Goggin, M. L. (1986). The "too few cases/too many variables" problem in implementation research. *The Western Political Quarterly*, Vol. 39(2). (Jun., 1986), 328-347.

- Hamburg, D. A., & Holl, J. E. (1999). *Preventing Deadly Conflict: From Global Housekeeping to Neighbourhood Watch*. In: Kaul, I., Grunberg, I., & Stern, M. (1999). *Global public goods international cooperation in the 21st century*. New York: Oxford University Press.
- Hamilton, L. C. (2004). *Statistics with Stata. Updated for version 8*. Belmont: Brooks/Cole.
- Hibbs, D. A., Jr. (1977). Political parties and macroeconomic policy. *The American Political Science Review*, 71(4), 1467-1487.
- Hicks, A. (1999). *Social democracy and welfare capitalism. A century of income security politics*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Hicks, A., & Misra, J. (1993). Political resources and the growth of welfare in affluent capitalist democracies, 1960-1982. *The American Journal of Sociology*, 99(3), 668-710.
- Hicks, A. M., & Swank, D. H. (1992). Politics, institutions, and welfare spending in industrialized democracies, 1960-82. *The American Political Science Review*, 86(3), 658-674.
- Hirsch, K., & Seitz, K. (Hg.) (2005). *Zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral. Beiträge zur Ethik der Entwicklungspolitik*. Frankfurt a. M.: IKO.
- Huber, E., & Stephens, J. D.,. (2001). *Development and crisis of the welfare state parties and policies in global markets*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Huber, E., Ragin, C., & Stephens, J. D. (1993). Social democracy, christian democracy, constitutional structure, and the welfare state. *The American Journal of Sociology*, 99(3), 711-749.
- Huber, E., Ragin, C., Stephens, J. D., Brady, D. & Beckfield J. (2004). *Comparative welfare states data set*, Northwestern University, University of North Carolina, Duke University and Indiana University.
- Imbeau, L. M. (1988). Aid and ideology. *European Journal of Political Research* 16(1), 3-28.
- Imbeau, L. M. (1989). *Donor aid--the determinants of development allocations to third-world countries a comparative analysis*. New York: P. Lang.

- Inglehart, R. (1990). *Culture shift in advanced industrial society*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Kärre, B., Svensson, B. (1989). *The Determinants of Swedish Aid Policy*. In Stokke, O., (Hg.). *Western middle powers and global poverty. The determinants of the aid policies of Canada, Denmark, the Netherlands, Norway, and Sweden*. Uppsala; Stockholm, Sweden: The Scandinavian Institute of African Studies, in cooperation with the Norwegian Institute of International Affairs; Distributed by Almqvist & Wiksell International.
- Kenworthy, L. (1999). Do social-welfare policies reduce poverty? A cross-national assessment. *Social Forces*, 77(3), 1119-1139.
- Kenworthy, L. (2003). Do affluent countries face an incomes-jobs trade-off? *Comparative Political Studies*, 36, 1180-1209.
- Kesselring, T. (2003). *Ethik in der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung*. München: C.H. Beck.
- Kittel, B., & Obinger, H. (2003). Political parties, institutions, and the dynamics of social expenditure in times of austerity. *Journal of European Public Policy* 10(1) February 2003, 20-45.
- Kittel, B., Obinger, H., & Wagschal, U. (2000). *Determinanten der Konsolidierung und Expansion des Wohlfahrtsstaates im internationalen Vergleich*. Zes-Arbeitspapier Nr. 8/2000, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Univ. Bremen.
- Kohler, U. & Kreuter, F. (2006) *Datenanalyse mit Stata. Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. München: Oldenbourg.
- Korpi, W. (1983). *The democratic class struggle*. London; Boston: Routledge & K. Paul.
- Krell, G. (2003). *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*. Baden-Baden: Nomos.
- Lachmann, W. (2004). *Entwicklungspolitik Band 1: Grundlagen*. München: Oldenbourg.
- Lahiri, S., & Raimondos-Møller, P. (2000). Lobbying by ethnic groups and aid allocation. *The Economic Journal*, 110(462, Conference Papers), C62-C79.

- Lemke, C. (2000). *Internationale Beziehungen, Grundkonzepte Theorien und Problemfelder*. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft. München: Oldenbourg.
- Lijphart, A. (1975). The comparable-cases strategy in comparative research. *Comparative Political Studies*, 8, 158-177.
- Lumsdaine, D. H. (1993). *Moral vision in international politics. The foreign aid regime, 1949-1989*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Lundborg, P. (1998). Foreign aid and international support as a gift exchange. *Economics & Politics*, 10(2), 127-142.
- Mankiw, N., G. (1999). *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Mankiw, N., G. (2000). *Makroökonomik: Mit vielen Fallstudien*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Marshall, T. H. (1950). *Citizenship and social class, and other essays*. Cambridge [Eng.: University Press.
- McDonald, M., & Budge, I. (2005). *Elections, parties, democracy conferring the median mandate*. Oxford; New York: Oxford University Press.
- Milner, H., V. (1997). *Interests, institutions, and information domestic politics and international relations*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Myrdal, G. (1960). *Beyond the welfare state; economic planning and its international implications*. New Haven: Yale University Press.
- Noël, A. & Thérien, J.-P. (1995). From domestic to international justice: The welfare state and foreign aid. *International Organization*, 49(3), 523-553.
- Noël, A. & Thérien, J.-P. (2002). Public opinion and global justice. *Comparative Political Studies*, 35(6), 631-656.
- Nohlen, D. (Hg.) (2000). *Lexikon Dritte Welt*. Hamburg: Rowohlt.
- Nuscheler, F. (2005). *Entwicklungspolitik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

- Nye, J. S. (2004). *Soft power. The means to success in world politics*. New York: Public Affairs.
- OECD (2001). *Die DAC-Leitlinien. Armutsbekämpfung. Internationale Entwicklung*. Organisation for Economic Co-operation and development. Paris: OECD Publications.
- OECD (2006). Development Co-operation Report 2005. Efforts and policies of the members of the Development Assistance Committee. *OECD Journal on Development*, 7(1). Organisation for Economic Co-operation and development. Paris: OECD Publications.
- Opeskin, B. (1996). The moral foundations of foreign aid. *World Development*, 24(1), 21-44.
- Pacek, A. & Radcliff, B. (2007). Assessing the Welfare State. *Perspectives on Politics*, (i.E.).
- Radcliff, B. (2001). Politics, markets, and life satisfaction: The political economy of human happiness. *The American Political Science Review*, 95(4), 939-952.
- Rawls, J. (1979). *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Round, J., & Odedokun, M. (2004). Aid effort and its determinants. *International Review of Economics & Finance*, 13(3), 293-309.
- Schmidt, M. G. (1993). *Theorien in der international vergleichenden Staats-tätigkeitsforschung*. In Adrienne Héritier, A. (Hg.). *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen, 371-393.
- Schmidt, M. G. (1996). When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy. *European Journal of Political Research*, 30(2), 155-183.
- Schmidt, M. G. (1997). *Demokratiethorien. Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, M. G. (2007). *Die parteipolitische Zusammensetzung der OECD-Demokratien*. Heidelberg: Institut für Politikwissenschaft, Datei PZ 1945-2005.

- Schmidt, M. G., Ostheim, T., & Siegel, N. A. (2003). *Wohlfahrtstaatliche Politik: Theorien und Methoden*. Heidelberg: Institut für Politikwissenschaft.
 Onlineressource: <http://data.sozialwiss.uni-osnabrück.de/~politikon/course18/print.htm>.
- Schmidt, M., & Siegel, N. A. (2007) Methoden der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Onlineressource: www.politikon.org/inhalte/lel/off_page_print18st474pr.htm.
- Schraeder, P., Hook, S., & Taylor, B. (1998). Clarifying the foreign aid puzzle: A comparison of american, japanese, french, and swedish aid flows. *World Politics*. 50(2) Jan. 1998, 294-323.
- Seidelmann, R. (2004). Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit: Normative Postulate der Internationalen Beziehungen. In: Knapp, M., & Krell, G. (Hg.) Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch. München: Oldenbourg.
- Stiglitz, J. (1998). *More instruments and broader goals: Moving toward the Post Washington Consensus*. Helsinki, Finland: UNU/WIDER.
- Stiglitz, J. (2002). *Die Schatten der Globalisierung*. Berlin: Siedler.
- Stokke, O. (1989). *The determinants of aid policies: Some propositions emerging from a comparative analysis*. In Stokke, O. (Hg.). *Western middle powers and global poverty. The determinants of the aid policies of Canada, Denmark, the Netherlands, Norway, and Sweden*. Uppsala; Stockholm, Sweden: The Scandinavian Institute of African Studies, in cooperation with the Norwegian Institute of International Affairs; Distributed by Almqvist & Wiksell International.
- Svendsen, K. E. (1989) *Danish aid: Old bottles*. In Stokke, O. (Hg.). *Western middle powers and global poverty. The determinants of the aid policies of Canada, Denmark, the Netherlands, Norway, and Sweden*. Uppsala; Stockholm, Sweden: The Scandinavian Institute of African Studies, in cooperation with the Norwegian Institute of International Affairs; Distributed by Almqvist & Wiksell International.
- Therborn, G. (1989). 'Pillarization' and 'Popular Movements'. Two Variants of Welfare State Capitalism: The Netherlands and Sweden. In Castles, F. (Hg.). *The comparative history of public policy*. New York: Oxford University Press.
- Thérien, J. (2002). Debating foreign aid: Right versus left. *Third World Quarterly*, 23(3), 449-466.

- Thérien, J., & Noël, A. (2000). Political parties and foreign aid. *The American Political Science Review*, 94(1), 151-162.
- Tufte, E. (1978). *Political control of the economy*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- United Nations Development Programme (2005). *Human development report 2005. International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world*. New York: Oxford University Press.
- Veenhoven, P., & Ouweneel, P. (1995). Livability of the Welfare-State. Appreciation-of-live and length-of-life in nations varying in state-welfare-effort. In *Social Indicators Research*, 36, 1-49.
- Wagschal, U. (1999). *Statistik für Politikwissenschaftler*. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft. München: Oldenbourg.
- Weltbank (2006). *Assessing aid. What works, what doesn't, and why. A World Bank policy research report*. New York: Oxford University Press.
- Weltbank (2007). *World Development Indicators Database*. Internetressource: www.worldbank.org.
- Wilensky, H. L. (1975). *The welfare state and equality: Structural and ideological roots of public expenditures*. Berkeley: University of California Press.
- Wilensky, H. L. (2002). *Rich democracies. Political economy, public policy, and performance*. Berkeley: University of California Press.
- Wolff, J. H. (1998). *Entwicklungspolitik – Entwicklungsländer. Fakten - Erfahrungen – Lehren*. München: Olzog.
- Zohlnhöfer, R. (2005) Globalisierung der Wirtschaft und nationalstaatliche Anpassungsreaktionen. Theoretische Überlegungen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 12, 41-75.
- Zohlnhöfer, R. (2006) *Stand und Perspektiven der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung*.
Internetressource: www.dvpw.de/fileadmin/docs/2006xzohl.pdf